

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1957 bis 1990 Band 5

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Band 5/118: 10.06.1985 – 14.04.1986

10.06.1985

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (24/1985) berichtet am 10. Juni 1985 über die Flucht und Vertreibung aus dem deutschen Osten nach 1945: >>Noch nicht fertig? Schnell!

In einer klirrend kalten Februarnacht schreckten die Bewohner einer Villa in Kalisch südöstlich von Posen jäh aus dem Schlaf. An der Haustür wurde gerüttelt, dagegen gehämmert und getreten. Als der Hausherr öffnete, drängten sich drei Uniformierte herein. Barsch befahlen sie der Familie, Eltern und vier Kindern, ihr Haus binnen einer halben Stunde zu räumen.

Es blieb kaum Zeit zum Zusammenraffen einiger Wertsachen, warmer Kleidung und Lebensmittel. Als die Mutter einen geräucherten Schinken einpacken wollte, rissen die Eindringlinge den an sich. Sie drängten die Familie hinaus, schlossen ab und steckten den Haustorschlüssel ein. Den jungen Schäferhund Rex, der im Hof aufgeregt bellte, brachte einer der Uniformierten mit zwei Schüssen zum Schweigen. "Das Todeswinseln von Rex war der Abschied von unserem Heim", erinnert sich Tochter Teresa, damals neun Jahre alt.

Die Familie wurde in den Turnsaal der nahen Handelsschule geführt, der sich in den folgenden Tagen mit Vertriebenen füllte. Dann wurde die Kolonne, wieder nachts, zum Bahnhof getrieben und in eiskalte Viehwaggons gepfercht. Nach zwei Tagen und zwei Nächten landete der Treck in den Kasematten eines alten Forts. Dort gab es keine Heizung, außer dem Mitgebrachten nichts zu essen, der Schnee im Innenhof mußte Trink- und Waschwasser ersetzen.

Drei Wochen später wurden die Vertriebenen zu Verwandten, weit weg von ihrer Heimat, entlassen. Ihr schönes Haus in Kalisch übernahmen mit allem Inventar die neuen Herren: Ein Staatsanwalt mit seiner Familie setzte sich ins gemachte Nest.

Vertriebenenenschicksal im Osten - aber nicht 1945, dieses schon 1940. Denn Teresa Kuczynska aus der Tschestochowskastraße 20 in Kalisz (wie es damals noch und danach wieder hieß) gehörte jener polnischen Intelligenzschicht an, deren Vertreibung und Ausrottung die Deutschen ab 1939 betrieben, solange sie dazu Gelegenheit hatten.

Die Kuczynskas wurden zusammen mit 700.000 anderen Polen und 500.000 Juden ab 1939 aus dem sogenannten Warthegau vertrieben, westpolnisches Land, das nach dem Blitzsieg der Wehrmacht dem Deutschen Reich einverleibt und zum Siedlungsgebiet für Reichs- und Volksdeutsche aus dem Osten erklärt wurde.

"Es waren sehr viele darunter, die sich in die noch warmen Betten der polnischen Vertriebenen legten", erinnert sich die baltendeutsche Schriftstellerin Waltraut Villaret, die selbst 1939 aus Riga in den Warthegau umgesiedelt und 1945 aus "der neuen Heimat, die nie eine war", wieder weggetrieben wurde.

Damals, 1939, mußten verbliebene Polen Fahrräder und Photoapparate, dann auch noch Musikinstrumente und Möbel abliefern, wurden ihre Bildstöcke zerstört, die Kirchen geschlossen und die Priester deportiert. Insgesamt fast 20 Millionen Polen sollten nach den Plänen Heinrich Himmlers liquidiert oder ausgesiedelt werden, bis ins ferne Brasilien hin, wo, so Himm-

ler, "dem fanatischen katholischen Klerus verhältnismäßig leicht die Umvolkung der katholischen Polen gelingen sollte".

Der Kriegsverlauf verhinderte die Ausführung solcher Wahnwitzpläne. Immerhin gelang es den Nazis, ein Viertel der Bevölkerung Polens zu liquidieren - darunter auch zwei Drittel der Vertriebenen-Familie Kuczynska: Der Vater wurde in Dachau ermordet, die Mutter und zwei Töchter verhungerten in Bergen-Belsen. Teresa, die jüngste, überlebte als 14jährige Auschwitz, ihr Bruder in einem Kriegsgefangenenlager nach dem Warschauer Aufstand.

"Die nationalsozialistische Politik", so der Historiker Wolfgang Benz, "war Ursache des Unglücks, das am Ende des Zweiten Weltkriegs über die Opfer von Flucht und Vertreibung hereinbrach."

Fast auf den Tag genau sechs Jahre nach der neunjährigen Teresa Kuczynska, die in einer eisigen Februarnacht das Vaterhaus in Kalisz verlassen mußte, erlitt die elfjährige Monika Taubitz im schlesischen Eisersdorf, Kreis Glatz, das gleiche Schicksal.

Am 24. Februar, einem Sonntag, kamen, so beschrieb es das junge Mädchen in ihrem Tagebuch, "polternde Schritte die Treppe heraufgestürmt, die Miliz. Sie kamen in mein Zimmer und zogen mich so sehr, daß ich beinahe aus dem Bett gestürzt wäre ... Ich zog mir etwas an ... dazwischen brüllte die Miliz "noch nicht fertig? Schnell, schnell!"

"Ich war ganz verwirrt. Auch zog ich mir ungeheuer viele Sachen an. Ein Pole trieb uns wieder an. Da brüllte ich los. Der Pole zeigte wütend auf sein Gewehr und schrie: "Du ruhig sein, sonst ich dich erschieße!" Dann mußten wir das Haus verlassen. Wir wurden bis zur Schule getrieben, dort mußten wir warten."

In Glatz wurden die Vertriebenen in Viehwaggons verladen, frierend und hungernd quer durch Deutschland gefahren, bis sie in Nordenham landeten, wo es, so die Elfjährige, "gar nicht schön ist und die Leute, bis auf einzelne Familien, sehr häßlich zu uns sind".

Monika Taubitz überlebte das Inferno, das 1945 über die völlig unvorbereiteten Menschen im deutschen Osten hereinbrach, der bis zum Sommer 1944 von Luftangriffen verschont blieb und deshalb als eines der sichersten Gebiete des Reiches galt, in das zahlreiche Ausgebombte evakuiert worden waren. Zwei Millionen von insgesamt 14 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen bezahlten Hitlers Rechnung mit ihrem Leben.

Ihr Schicksal war, ohne daß sie davon etwas ahnten, schon 1943 in Teheran bestimmt, im Februar 1945 in Jalta endgültig besiegelt worden, als die drei Siegermächte sich über die Verschiebung Polens um 250 Kilometer nach Westen auf Kosten Deutschlands einigten.

"Polen könnte sich nach Westen verlagern wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf einige deutsche Zehen trete, könne man das nicht ändern", befand der Brite Winston Churchill in Teheran - der sich um die betroffenen Deutschen herzlich wenig Sorgen machte: Am 15. Dezember 1944 erklärte er vor dem Londoner Unterhaus:

"Die nach unserem Ermessen befriedigendste und dauerhafteste Methode ist die Vertreibung. Sie wird die Vermischung von Bevölkerungen abschaffen, die zu endlosen Schwierigkeiten führt. Mich beunruhigen diese großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können."

Was dann tatsächlich über die Deutschen im Osten hereinbrach, beschrieb der britische Nobelpreisträger Bertrand Russell im Oktober 1945 so:

"In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen ..."

Selbst Churchill, noch Ende 1944 über das Schicksal der Deutschen im Osten "nicht beunruhigt", sorgte sich nur neun Monate später über "eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet" - denn unterdessen waren Millionen hungernder und besitzloser Flüchtlinge in den Westen Deutschlands geströmt, irrten

Millionen Vertriebene durch das zerstörte Land, waren nach den Zahlenangaben von Russen, Polen und Tschechoslowaken auf der Potsdamer Konferenz der Sieger im Juli 1945 weitere Millionen Deutsche aus jenen Gebieten spurlos verschwunden, denn "wo unsere Truppen hinkamen, da liefen die Deutschen weg", beschied Stalin seine Verbündeten.

Die Polen behaupteten, auf dem von ihnen in Besitz genommenen Gebiet befänden sich nur noch "eine bis anderthalb Millionen Deutsche, die aber nach der Ernte freiwillig bereit sind, in die Heimat zurückzukehren". In Wahrheit lebten damals, im Sommer 1945, noch etwa vier Millionen Deutsche in den Ostgebieten, die aber dann auch noch ausgetrieben wurden - und zwar mit dem Segen aller in Potsdam Versammelten.

Denn im Artikel XIII des Potsdamer Protokolls waren sich die Sieger trotz aller "moralischen Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen" (Churchill) doch wieder einig:

"Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darüber überein, daß jede derartige Überführung ... in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll."

Wie Flucht und Vertreibung in der grausamen Wirklichkeit der Jahre 1945 bis 1947 tatsächlich aussahen, schildert anhand erschütternder Aussagen Betroffener die "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa", belegen Augenzeugenberichte Vertriebenen, Besatzerakten aus jener Zeit, aber auch ausländische wissenschaftliche Untersuchungen wie die des amerikanischen Völkerrechtlers Alfred M. de Zayas über "dieses traurige Kapitel in der Geschichte des 20. Jahrhunderts".

Von Durchhalteparolen Hitlers auf ihrer Scholle festgehalten, der in Kurland 300.000 vollausrüstete Soldaten für die Wahnidee einer "neuen Offensive im nächsten Frühjahr" stehenließ, während er in Ostpreußen 65jährige Volkssturminvaliden mit alten Flinten und je 18 Schuß Munition gegen die ins Reich stürmenden sowjetischen Panzerarmeen in Stellung schickte, wurden Millionen Deutsche im Winter und Frühjahr 1945 von rachedurstigen Rotarmisten überrannt, die der Schriftsteller Ilja Ehrenburg zum hemmungslosen Töten aufgefordert hatte. In einem Flugblatt, das unter den Soldaten verteilt wurde, hetzte Ehrenburg damals:

"Die Deutschen sind keine Menschen. Von jetzt ab ist das Wort Deutscher für uns der aller schlimmste Fluch. Von jetzt ab bringt das Wort Deutscher ein Gewehr zur Entladung. Wir werden nicht sprechen. Wir werden töten. Wenn du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten - für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Tage. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen!"

Der Ort, "in dem Rußlands Rache für mehr als drei Jahre deutscher Gewaltherrschaft erstmals explodierte" (Günter Böldcker in "Die Flüchtlinge"), war Nemmersdorf in Ostpreußen, von der Roten Armee im Oktober 1944 genommen, wenige Tage später von der Wehrmacht zurückerobert.

Volkssturmann Karl Potrek aus Königsberg berichtete der "Wissenschaftlichen Kommission der Bundesregierung zur Geschichte der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa":

"An dem ersten Gehöft ... stand ein Leiterwagen. An diesem waren vier nackte Frauen in gekreuzigter Stellung durch die Hände genagelt ... An den beiden Scheunentüren war je eine Frau nackt in gekreuzigter Stellung durch die Hände angenagelt. Weiter fanden wir dann in den Wohnungen insgesamt 72 Frauen einschließlich Kinder und einen alten Mann von 74 Jahren, die sämtlich tot waren, fast "ausschließlich bestialisch ermordet, bis auf nur wenige, die Genickschüsse aufwiesen. Unter den Toten befanden sich auch Kinder im Windelalter, denen mit einem harten Gegenstand der Schädel eingeschlagen war."

Die Greuel von Nemmersdorf, von der Nazi-Propaganda lautstark ausgeschlachtet, versetzten die Bevölkerung im Osten in Angst und Schrecken - doch die NS-Führung verbot jede Flucht bei drakonischen Strafandrohungen.

So wurde es zwar am 20. Januar 1945 dem Generalleutnant Oskar von Hindenburg erlaubt, die Sarkophage seiner Eltern aus dem Ehrenmal von Tannenberg zu bergen, lebende Flüchtlinge aber befahl Gauorganisationsleiter Paul Dargel "über den Haufen zu schießen".

Vielen gelang, wie Marion Gräfin Dönhoff, die mit ihrem Fuchs drei Monate lang tausend Kilometer gen Westen ritt, die Flucht in letzter Stunde. Mehr aber blieben, wie in der "Festung" Königsberg, zurück und durchlitten in den nächsten Monaten Unsägliches bis zu Kannibalismus hin; von 70.000 Bewohnern überlebten in der Stadt nur 25.000.

Auch von den Flüchtlingen starben Hunderttausende auf dem Weg, an Strapazen, Hunger, von Panzern überwalzt, im Meer ertrunken: Für 20.000 Flüchtlinge auf 135 Schiffen, darunter der von einem Sowjet-U-Boot versenkten "Wilhelm Gustloff", endete die größte See-Rettungsaktion aller Zeiten, von der Kriegsmarine noch im Winter und Frühjahr 1945 organisiert, im Eiswasser der Ostsee, über zwei Millionen aber kamen damals noch auf dem Seeweg durch.

Wie in Ostpreußen erlebten die Menschen überall jenseits der Oder, in Pommern, in Schlesien unter der Rache der russischen Sieger und Willkür der neuen polnischen Herren das Inferno. Im pommerschen Lauenburg nahmen sich noch in der Nacht des Einmarsches der Roten Armee 600 Einwohner selbst das Leben. Im niederschlesischen Grünberg begingen in den ersten zwei Wochen der Besatzungsgreuel 500 von 4.000 Einwohnern Selbstmord. Aber kaum jemand glaubte damals schon an einen endgültigen Verlust der Heimat. Von sechs Millionen Deutschen, die in den letzten Kriegsmonaten vor der Roten Armee geflohen waren, kehrten über 1,1 Millionen in den ersten Friedensmonaten wieder zurück, oft nur für Tage oder Wochen, bevor sie erneut fortgetrieben wurden.

Deutschen wurden laut polnischen "Sonderbefehlen" 15 Minuten Zeit gegeben, ihre Häuser und Wohnungen zu räumen. Sie mußten die Schlüssel außen steckenlassen und durften 16 Kilo Handgepäck mitnehmen - das sich in zahlreichen Plünderungskontrollen bis zur Grenze meist auf Null reduzierte. Der Oberstudienrat Dr. Müller aus Danzig hatte, als er im Lager Scheune, der Endstation der Vertriebenenzüge auf polnischem Gebiet, ankam, nur noch seine Unterhosen an.

Andere Lager, wie das berüchtigte Lager Lamsdorf zwischen Oppeln und Neiße, wurden zur Todeshölle für Deutsche. Ein damals 20jähriger Partisan namens Gimborski ließ dort zwischen Juli 1945 und Herbst 1946 Tausende Oberschlesier nach schlimmster SS-Art foltern und ermorden. An einem einzigen Tag, dem 4. Oktober 1945, wurden bei einem Barackenbrand fast 600 Insassen erschossen, erschlagen oder verbrannt. Von über 800 Kindern kamen 600 um, insgesamt starben im "Sammellager" Lamsdorf 6.500 Vertriebene einen gewaltsamen, den Hunger- oder Seuchentod.

Wie die Polen, bei denen vorher die Nazis so furchtbar gehaust hatten, wüteten auch die Tschechen, die weit weniger unter der NS-Herrschaft gelitten hatten, gegen alles Deutsche. So wie unter den Nazis der Judenstern gab nun eine weiße Armbinde oder der Buchstabe N (für Nemeč = Deutscher) die so gebrandmarkten Menschen jeglicher Willkür preis: Sie durften straflos gequält, beraubt, vergewaltigt und totgeschlagen werden, zum Teil in denselben Lagern, in denen vorher die SS Juden ermordet hatte, wie Theresienstadt.

Am 31. Juli 1945 verübte der Mob in Aussig nach einer Explosion in einem Munitionslager ein Massaker unter Deutschen. Die Zahl der Opfer wird auf tausend bis dreitausend geschätzt. Von den über drei Millionen Sudetendeutschen kamen etwa 270.000 um.

Noch schlimmer erging es den Volksdeutschen in Jugoslawien. Über ein Viertel, 135.000 von 500.000, büßten ihr Leben ein. Aus Rumänien wurden auf sowjetisches Drängen fast 100.000 Volksdeutsche zur Zwangsarbeit in die Sowjet-Union deportiert. Lediglich bei der ebenfalls von Stalin geforderten Vertreibung der Deutschen aus Ungarn kam es nur vereinzelt zu Grausamkeiten; 35.000 wurden in die UdSSR verschleppt, etwa die Hälfte verblieb im Land.

Insgesamt kamen bei der Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen und Deutschstämmi-

gen aus dem Osten Deutschlands, der Tschechoslowakei und Südost-Europa zwei Millionen Vertriebene und Flüchtlinge um - Zahlen, allenfalls vergleichbar mit der erzwungenen Völkerwanderung und dem Sterben nach der Teilung der indischen Kronkolonie in Indien und Pakistan 1947. Auch dort flüchteten etwa elf Millionen Menschen, starben zwischen einer halben und zwei Millionen auf der Flucht.

Was oftmals jenseits aller Horrorvorstellungen Menschen im Osten Deutschlands damals durchmachten, schilderte Frau M. N. aus Bärwalde in Pommern für die Dokumentation des Vertriebenenministeriums.

Als im März 1945 die Russen und Polen über Pommern kamen, wurden Frau M. N. und ihre Schwester am ersten Tag im Beisein ihres Mannes und dreier Kinder von Dutzenden von Russen vergewaltigt. Nach der ersten Gewalt-Orgie flüchtete die Familie auf einen Heuboden. Doch Spuren im Schnee führten neue Peiniger zu ihnen, die den zwei erschöpften Frauen wieder Gewalt antaten.

Dann kamen Uniformierte und Zivilisten, vergewaltigten die Frauen, erdrosselten die drei Kinder und hängten danach die drei Erwachsenen auf.

Bei Frau M. N. brach der Strick, sie fiel herunter. Als sie erwachte, lag sie auf einem Bett in ihrer Wohnung, ein Pole fragte sie: "Frau, wer gemacht?" Ich sagte, die Russen, da schlug er mich und sagte: "Russen gute Soldaten, deutsche SS-Schweine hängen Frauen und Kinder."

Frau M. N. bekam einen Schreckkrampf und stürzte zum Bach nahe dem Haus, um sich zu ertränken. Aber auch da wurde sie wieder gerettet und zu Bekannten gebracht. Dort leuchtete ihr nachts ein Russe mit der Taschenlampe ins Gesicht. Sie schrie und bat, er möge sie erschießen. Der Russe sagte, er sei Oberleutnant und sie brauche keine Angst zu haben. Dann rieb er sie mit einem Handtuch trocken und vergewaltigte sie. Nach ihm kamen noch vier betrunkene Soldaten und mißbrauchten sie immer wieder. Als sie vor Schwäche nicht mehr zu gebrauchen war, schlugen und traten sie die Frau, bis sie von neuem ohnmächtig wurde. Später wollten andere Russen sie als Faschistin erschießen, weil über dem Bett, in dem sie lag, ein Hitlerbild hing. Ein Offizier verhinderte es, man ließ die wimmernde "Verrückte" laufen.

Bekannte brachten Frau M. N. zum sowjetischen Ortskommandanten, der die Schilderung ihrer Horrorerlebnisse unwirsch mit der Bemerkung unterbrach, deutsche SS hätte in Rußland vier Jahre so gehaust. Doch dann stellte er sie als Köchin und Näherin für die Kommandantur an und ließ sie sogar, als die Polen die Frau wegen der Erzählungen über den Massenmord an ihrer Familie - den polnische Partisanen und Zivilisten verübt hatten - festnehmen wollten, in einem Sanitätsauto über die Grenze nach Deutschland bringen.

Frau M. N. - eines von Millionen Vertriebenenenschicksalen, über die der Politische Berater der amerikanischen Militärregierung in Berlin, Robert Murphy, am 12. Oktober 1945 nach Washington telegraphierte: "Hier ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken."<<

12.06.1985

Belgien: Die EG unterzeichnet am 12. Juni 1985 die Verträge über den Beitritt Portugals und Spaniens. Diese Verträge treten am 1. Januar 1986 in Kraft.

15.06.1985

Luxemburg: Belgien, Frankreich, die Niederlande, Luxemburg und die Bundesrepublik unterzeichnen am 15. Juni 1985 in Schengen (Luxemburg) ein Abkommen, das die Abschaffung aller Personenkontrollen an den Binnengrenzen dieser Länder vorsieht ("Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrolle überschritten werden").

Juni 1985

BRD: Herbert Czaja (1914-1997) schreibt im Juni 1985 über die Verletzung von Menschenrechten (x077/11-12): >>... Gravierende Menschenrechtsverletzungen kann man auf die Dauer nicht verschweigen. Menschenrechte sind ein hohes Gut, das man nicht durch entstellende

oder verflachende, dem politischen Kampf dienende Bilanzen gefährden soll.

... Menschenrechtsverletzungen in Europa kann man nicht mit dem Hinweis auf frühere schwere Verbrechen Deutscher an Angehörigen fremder Völker zurückweisen. Schwere Verletzungen der Menschenrechte kann man nicht gegeneinander aufrechnen; frühere Verletzungen der Menschenrechte erfordern eine gerechte Sühne, können aber nicht zur Rechtfertigung neuen aktuellen Unrechts dienen. ...

... Man muß um der Betroffenen willen reden. Beim Sacharow-Hearing in Kopenhagen erklärte die Ehefrau von A. Sinjavskij: "Am schlimmsten ist der dran, von dem niemand spricht – für den niemand protestiert."<<

04.09.1985

[Israel: Die israelische Zeitung "Jerusalem Post" berichtet am 4. September 1985 über den deutschen Bundespräsident Richard von Weizsäcker \(x354/71\): >>... \(Weizsäcker hat\) die junge Generation in Deutschland ... konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.<<](#)

04.11.1985

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (45/1985) berichtet am 4. November 1985:

>>Hessen-Koalition: Wie Willy wollte

Er ist noch nicht im Amt, doch schon fürchtet die hessische Wirtschaft ihn als Industrieschreck: Der Grüne Joschka Fischer wird Umweltminister in der ersten rot-grünen Landeskoalition. Der Realo mit dem Clochard-Image hat eine wirre Politkarriere hinter sich - vom schwäbischen Metzgersohn zum intellektuellen Rowdy. Der Sponti aus der Hausbesetzerszene über sein neues Amt: "Das Risiko zu scheitern ist groß."

Er kommt auf leisen Sohlen, in Turnschuhen aus dem Supermarkt. Die Blue jeans sind abgewetzt, das Sweatshirt, rot, ist verwaschen, die Lederjacke schmutzelig. Der Mann sieht aus wie eine Mischung aus Roadie und Rowdy. Dagobert, sein Hund, umschwänzelt ihn.

Das bleiche, etwas aufgedunsene Gesicht trägt graue Schatten unter rotgeäderten, wachen Augen. Die dunklen, wuscheligen Haare sind ungekämmt, nur einmal in der Woche rasiert er sich, montags. Er ist ein fanatischer Dauerdiskutierer, ein Agitator, spricht mit heller, durchdringender Stimme und leichtem Frankfurter Akzent - seine Reden sind gespickt mit meist herausfordernden Gedanken. Wenn er Gegner schmäht und beleidigt, dann mit Wollust.

Da ist nichts an Joseph ("Joschka") Fischer, 37, was nicht dem Bild des braven Bürgers vom Ausgeflippten, vom Revoluzzer entspräche. Und wenn demnächst vor der hessischen Staatskanzlei der Dienstwagen des Umweltministers vorfährt, dann könnte es schon zu Verwechslungen kommen: Der distinguierte Herr im grauen Anzug und mit Krawatte - das ist der Chauffeur. Der Kerl im Fond, der aussieht wie die Typen, die dem Ruhrpott-Schläger Schimanski Spitzeldienste leisten - das ist der Minister.

Es ist für manche kaum zu fassen: Ein Sponti der Frankfurter Hausbesetzerszene, ein Realo-Grüner mit kernigem Proletengehabe, ein ehemaliger Vorbestrafter und Drogenkonsument, ein Mann im Schlabberlook nimmt Platz am Kabinetttisch - als Minister für "Umwelt und Energie".

Seit die hessischen Grünen dem Regierungsbündnis mit Holger Börner (SPD) zustimmten und damit die erste ökosoziale Koalition in einem Bundesland besiegelten, hat sich das politische Klima in Deutschland verändert. Unternehmer, konservative Politiker und Leitartikler formieren sich, als gelte es, einen Staatsstreich abzuwehren.

Industriemanager qualifizieren den designierten Minister als Industrie-Schreck ab. Sie drohen mit Investitionsstopp in Hessen und kündigen die Flucht von Unternehmern in benachbarte Bundesländer an. Mit Joschka Fischer, begründet Hans Joachim Langmann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und Chef des Darmstädter Chemiekonzerns Merck, die Angst des Kapitals vor dem Grünen, komme "jemand an die Schalthebel der politischen

Macht, der sich bisher in allen seinen Äußerungen wirtschafts- und industrie-feindlich gezeigt" habe.

Bundeskanzler Helmut Kohl wollte nicht einmal den Namen des Minister-Kandidaten in den Mund nehmen. Er sei "sehr gespannt", höhnte der Regierungschef, "wie sich dieses Bundestagsgenie, wie heißt er doch gleich", als Minister machen werde. Das hessische Modell, auf Bonn übertragen, prophezeite CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, werde zum "Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft" führen.

"Hessen", schrieb die "Frankfurter Allgemeine", sei "nicht nur in Gefahr, die Gegenwart zu verspielen, sondern vor allem auch die Zukunft". "Bild" jammerte: "Wir haben Angst um Hessen." Skepsis selbst bei Roten und Grünen: NRW-Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Johannes Rau, ein erklärter Gegner der Alternativen, beschwerte sich, Börner habe ihm das Wahlkampfkonzept vermasselt. SPD-Gewerkschafter Hermann Rappe warnte, der neue Bündnispartner sei "auf Dauer für die Arbeitnehmer schädlich".

Grünen-Vorsitzender Rainer Trampert, ein Fundamentalist, sagte den "Bruch" seiner Partei "mit Teilen der sozialen Bewegung" voraus. An der Frankfurter Uni bewarfen Autonome die koalitionswilligen Alt-Linken Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer mit Eiern und stellten sie in eine Reihe mit dem hessischen Innenminister Horst Winterstein, dem sie die Schuld am Tod des Demonstranten Günter Sare geben: "Fischer, Bendit, Winterstein - eins ist wie das andere Schwein."

Fischers politisches Geschick bestimmt fortan auch den Weg der Grünen. Weist der erste alternative Minister der Republik nach, daß grüne Umweltpolitik im Regierungsalltag umsetzbar ist, kann seine Partei mit neuem Zulauf rechnen. Geht Fischer unter, könnte sich der Niedergang der Alternativen, die zuletzt im Saarland (2,5 Prozent) und in Nordrhein-Westfalen (4,6 Prozent) gescheitert waren, noch beschleunigen.

Ein Straßenkämpfer, der sich zum Realpolitiker gewandelt hat, der erst Bundestagsabgeordneter und dann Minister wird, das ist nach jahrelanger Ämterverweigerung auch ein Indiz für den Reifungsprozeß der jüngsten westdeutschen Partei. Sechs Jahre nach ihrer Gründung hat sich die "Antipartei-Partei" (Petra Kelly) dazu durchgerungen, aus der rechnerischen "Mehrheit diesseits der Union" (Willy Brandt) auch eine politische zu machen.

Der Nutznießer ist Holger Börner ("Diese Geschichte bringt mir 50.000 Jungwähler"), den der SPD-Vorsitzende am vergangenen Montag im Parteipräsidium mit demonstrativer Herzlichkeit begrüßte. "Ich bin der einzige", deutete der Hesse den freundlichen Empfang, "der es so gemacht hat, wie Willy wollte." Wie Brandt visiert auch Börner das Nahziel an, im Frühjahr mit einem SPD-Ministerpräsidenten in Niedersachsen die Bundesratsmehrheit der Union zu knacken, um Kohl das Regieren schwerer zu machen.

Zwar will der niedersächsische Spitzenkandidat Gerhard Schröder das Hessen-Modell noch nicht übernehmen. Aber andere führende Sozialdemokraten unterstützen Börners Kurs. SPD-Präsident Erhard Eppler verteidigt das rot-grüne Bündnis mit dem Hinweis auf den saarländischen SPD-Umweltminister Josef Leinen, der wie Fischer Ökonomie und Ökologie auf einen Nenner bringen will: "Warum ist eigentlich ein Joschka Fischer in Hessen etwas anderes als ein Jo Leinen im Saarland?"

Der Unterschied liegt in der Biographie. Im Handbuch des Bundestages, in dem die Abgeordneten gern ausführlich darlegen, wie viele Ämter sie haben und was sie alles können, kam Fischer, bis März 1985 Grünen-MdB, mit zwei Zeilen aus: "Geboren am 12. April 1948. Mitglied des Bundestages seit 1983."

Das liest sich, als sei in den Jahren dazwischen nicht viel gewesen und als wolle sich da einer von seinem Leben distanzieren. Fischer aber bekennt sich zu seiner Biographie: "Von dem, was in meiner Akte beim Verfassungsschutz liegt, mal abgesehen, habe ich nichts zu verbergen. Ich stehe zu meiner Geschichte."

Joschka, aufgewachsen im streng katholischen Fellbach am Stadtrand von Stuttgart, stammt "aus einem Metzgergeschlecht". Vater und Großvater waren Fleischhauer, "hauptberuflich", und beide natürlich "Katholiken". Zum braven Ministranten im rot-weißen Hemdchen taugte Joschka allerdings nicht, er wurde Radrennfahrer.

In der zehnten Klasse hatte er vom Gymnasium genug und begann "mit viel Spaß" eine Photographenlehre. Der Spaß währte ein Jahr. Angetörnt von Bob Dylan und den Beatles, frönte er "dem neuen Lebensgefühl" der sechziger Jahre und entfloh mit sechzehn dem "engen Zuhause, dem Dorf und der Lehre".

In Hamburg schnappte ihn die Polizei und karrte ihn ins Schwäbische zurück. Beim zweiten Versuch seiner "Europa-Tournee" (Fischer) kam er bis Kuwait - ein Aussteiger der frühen Jahre. Wieder daheim, jobbte Run-away-Joschka kurzzeitig als Hilfsfachbearbeiter beim Arbeitsamt, Abteilung Kindergeldkasse. Auch ein zweiter Anlauf als Photo-Lehrling scheiterte.

Das war zu der Zeit, als Ludwig Erhard noch Kanzler war und Intellektuelle, die ihn verhöhnten, als "Pinscher" beschimpfte. Joschka las Jack Kerouac, den Literateten der "beat generation", und verliebte sich "unsterblich" in Edeltraud, eine 17jährige Schwäbin. Die beiden heirateten 1967, noch nicht volljährig, im schottischen Gretna Green.

Fasziniert von den Studentenprotesten gegen den Vietnamkrieg und voller Wut über den Tod des Demonstranten Benno Ohnesorg und den Mordanschlag auf Rudi Dutschke (Fischer: "Die Schüsse in Berlin haben mich aufgeweckt"), zogen die Jungvermählten nach Frankfurt. Dort, in einer der Metropolen des studentischen Aufruhrs, wollte der Gymnasiast ohne Abschluß und ohne Ausbildung das Abitur nachmachen, um an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Kant, Marx und Hegel studieren zu können.

Doch auf dem zweiten Bildungsweg lief nichts. Fischer, der es als Proletarier unter dem akademischen Nachwuchs schwer hatte, "büffelte wie ein Ochse". Er quälte sich "zweimal durch Hegels "Phänomenologie des Geistes"" und fing immer wieder von vorne an, weil er nichts verstanden hatte. An der Uni wurde Nichtabiturient Fischer bald Stammgast in den Seminaren der "Frankfurter Schule", hörte Adorno und Habermas.

Rasch geriet der schwäbische Außenseiter ins Zentrum der linksliberalen Szene am Main. Mentor des Metzgerspröblings wurde der SDS-Führer Hans-Jürgen Krahl, und die revolutionäre Perspektive vermittelten Genossen wie der De Gaulle-Herausforderer Daniel Cohn-Bendit, der Sexualforscher Reimut Reiche, die SDS-Anführer Frank und K. D. Wolff, Mathias Beltz (heute "Vorläufiges Frankfurter Fronttheater") und Bankierssohn Tom Koenigs, jetzt Stadtverordneter in Frankfurt und demnächst Fischers Haushaltsexperte im Umweltministerium.

Mit anderen Aktivisten gründeten diese Spontis eine militante Gruppe, den "Revolutionären Kampf" (RK). Fischer, dessen rhetorisches Talent bei den Studierenden aufgefallen und gefragt war, wurde einer ihrer Wortführer. "Joschka", erinnert sich der ehemalige SDS-Führer und RK-Fighter Frank Wolff, "traf den Ton am besten", außerdem "umgab ihn eine gewisse proletarische Aura".

Der schwäbische Rebell mischte in der "schlimmen Zeit der offenen Revolten", von 1968 bis 1975, immer in vorderster Front mit. "Da gingen sämtliche Etappen ab bis zur harten Randal", und Joschka war "der Kriegshauptling" der Frankfurter Straßenschlachten, flink mit der Zunge und flott auf den Beinen.

Demonstrationen und Straßenkämpfe brachten ihm 1969 sein erstes politisches Strafverfahren: "Sieben Wochen ohne Bewährung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Verletzung der Bannmeile", alsbald wurde er amnestiert.

"Sieg im Volkskrieg", "Klassenkampf im eigenen Land", skandierten die Demonstranten, Steine flogen, Barrikaden brannten, Autos gingen in Flammen auf. "Mein Gott", stöhnt Fischer heute noch, "was bin ich da verdroschen worden."

Der "kurzsichtige Joschka", weiß Mitkämpfer Koenigs, "war immer von seiner dicken Hornbrille behindert. Flog die weg, stand er im Dunkeln". Die Genossen rieten zu Kontaktlinsen, die Fischer seither trägt.

Mit rund hundert Aktivisten vom "Revolutionären Kampf" heuerte Joschka 1971 bei Opel in Rüsselsheim an. Doch bevor auch nur ein Arbeiter aufgewiegelt werden konnte, saß der Werk tätige Fischer bereits wieder auf der Straße. Bei einer Betriebsversammlung hatte er zum Streik aufgerufen, Grund zur fristlosen Entlassung.

Arbeit gab es auf der Straße reichlich. Der drahtige Sponti organisierte Hausbesetzungen im Frankfurter Westend, lieferte sich "Schlachten mit den Bullen". Er trainierte die "Putz-Truppen" im Kampf Mann gegen Mann: "Von uns", berichtet er stolz, "ist nie einer geschnappt worden." Damals schon kannte er "keine Berührungsängste" mit den in der Stadt regierenden Sozialdemokraten: "Wir haben wegen der besetzten Häuser mit der SPD verhandelt und gleichzeitig zugehauen."

Den menschenvernichtenden Terror der Baader/Meinhof-Gruppe identifizierte Fischer allerdings sehr früh als "Irrweg" (Koenigs). Die gesellschaftliche Veränderung herbeizubomben war seine Sache nicht. Der Straßenkämpfer über den Rote-Armee-Fraktions-Führer Andreas Baader: "Ich fand ihn zum Kotzen."

Bei seiner ersten großen Rede nach dem Tod von Ulrike Meinhof rief er auf dem Frankfurter Römerberg im Juni 1976 zum "Bruch mit dem bewaffneten Kampf" auf - kurz nachdem zwei RAF-Bomben im Frankfurter US-Hauptquartier explodiert waren. Fischer damals: "Wir können der Stadtguerilla nicht folgen. RAF-Aktionen bedeuten den Verzicht auf Leben, den Kampf bis zum Tod und damit die Selbstvernichtung."

Der Aufruf des Oberspontis ("Genossen, schmeißt die Bomben weg und nehmt wieder die Steine") markierte so etwas wie den Anfang vom Ende des RAF-Terrors. "Joschka", sagt Koenigs, "hat die Szene von der RAF getrennt."

Als RAF-Terroristen 1977 Generalbundesanwalt Siegfried Buback, Bankchef Jürgen Ponto und Arbeitgeber-Präsident Hanns Martin Schleyer ermordeten, war für den Sponti aus der Frankfurter Subkultur die Frage des bewaffneten Kampfes endgültig beantwortet: "Alles Wahnsinn." Der "Illusionsverlust" (Fischer) von damals, im deutschen Herbst 1977, die vorübergehende Ratlosigkeit der außerparlamentarischen Bewegung, liefert heute die Erklärung, warum Fischer früh eine "Politik der kleinen Schritte" propagierte, warum er schließlich zum profiliertesten Streiter für eine grüne Realpolitik wurde.

"Das ganze Spiel mit der Gewalt war aus", die Alternativen zogen aufs Land, siedelten auf Bauernhöfen, drifteten ab in Sekten. Joschka Fischer fuhr Taxi, kutscherte als "lonesome hero der Großstadt" nachts "fette Bankdirektoren und andere schräge Gestalten" ins Frankfurter Bahnhofsviertel, das hat ihm "ungeheuer Spaß gemacht". Vier Spontis, darunter auch Bankiersohn Tom Koenigs, der seine Millionenerbschaft dem Vietcong vermacht hatte, wohnten gemeinsam in einer Taxi-Kommune.

An einen Fahrgast "in den nächtlichen Schluchten der kaputten Steinwüste Frankfurt" erinnert sich Fischer besonders gut, den SPD-Bundestagsabgeordneten Karsten D. Voigt. Ihn, den alten Kontrahenten aus Apo-Zeiten, chauffierte er "als bezahlter Voyeur" oft durchs Milieu, etwa in den linken Club Voltaire. Der geizige Ex-Jusochef "gab fünfzig Pfennig Trinkgeld", so Fischer, "und wünschte knapp 'Frohes Nachtschaffen'". "Vor drei Jahren freilich prophezeite Fischer dem verblüfften Genossen: "Wirst sehn, ich werd' Minister."

Der bildungshungrige Metzgersohn las "ungemein viel und gern", verschlang Alexander Soltschenizyn, Andre Glucksmann und "die großen Biographien". Und doch blieb der revolutionäre Kämpfer "ratlos, was denn politisch werden sollte".

Dem Ratlosen zu Hilfe kam Walter Wallmann (CDU), der im März 1977 in Frankfurt die Macht übernahm. Während sich viele Linksradikale "hin zur Innerlichkeit wendeten", formu-

lierte Fischer in einem Aufsatz für das Alternativblatt "Pflasterstrand" den für einen Revoluzzer revolutionären Satz: "Vielleicht ist unsere Ablehnung des Parlaments falsch, vielleicht ist es unser Linksradikalismus, der sich irrt."

Ausgerechnet einer der härtesten Streetfighter war einer der ersten, die sich der neu entstehenden sanften grünen Bewegung anschlossen, "für viele ein Schock". Dort sah Fischer plötzlich eine "realpolitische Möglichkeit", aus dem "fortschrittsgläubigen Marxisten und Sponti" wurde ein Grüner.

Fischer brach mit den Spontis ("die waren am Ende"). Nach dem grünen Wahlerfolg bei den hessischen Kommunalwahlen 1981, als im Römer fundamentaloppositionelle Grüne das Sagen hatten, dirigierte Fischer im grünen Kreisverband bald die Fraktion der Realpolitiker: "Wir können nicht lediglich im Parlament predigen, daß es fünf vor zwölf ist, und uns weigern, Verantwortung zu übernehmen."

Die Fundis, die ihn als "Ober-Macker" beschimpften, stachelten seinen Ehrgeiz an. Joschka erkämpfte sich vor der Bundestagswahl 1983 Platz drei der Landesliste, und am Morgen nach der Wahl, sagt er, "bin ich als Abgeordneter aufgewacht". Fischer: "Mein neuer Einstieg in die Wirklichkeit."

Schon nach wenigen Wochen beherrschte Fischer das Bonner Instrumentarium virtuos. Von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, damals noch Fraktionsgeschäftsführer der CDU/CSU, lernte der Grüne den trickreichen Umgang mit der Geschäftsordnung des Bundestages. "Der Schäuble ist doch einer der wenigen aufgeräumten Köpfe in dem pfälzischen Tohuwabohu", lobt Fischer den pfiffigen Badener, "er war mein Lehrmeister."

Schüler Fischer avancierte schnell zum ebenbürtigen Schlitzohr, ergatterte Redezeiten für Grüne auch dann, wenn zunächst gar keine vorgesehen waren. Den Bundestag nannte er "eine unglaubliche Alkoholikerversammlung, die teilweise ganz ordinär nach Schnaps stinkt". Mit Zwischenrufen pöbelte er sich in die direkte Nachfolge des Sozialdemokraten Herbert Wehner.

Weil Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen ihn wegen unbotmäßiger Sticheleien - im Plenum kamen Flick und die Käuflichkeit der Republik zur Sprache - nervös des Saales verwies, verabschiedete sich der Alternative mit dem Satz: "Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch" - und viele Abgeordnete versicherten ihm hinterher, in der Form habe er zwar daneben, inhaltlich aber durchaus richtig gelegen. Später entschuldigte er sich artig, er habe den Ausdruck in "tiefster emotionaler Erregung" gebraucht.

Glanzlichter setzte Fischer im Bundestag auch als Redner. Seinen Debattenbeitrag zu Wörners Kießling-Affäre, in der er Kohls geistig-moralische Erneuerung als "pfälzisches Gesamtkunstwerk" verspottete, "welches in barocker Opulenz so langsam versumpft", zählt Fischer noch heute zu seinen Sternstunden im Parlament - "Politik als real existierende Satire".

Als Heiner Geißler den Pazifismus der 30er Jahre als Ursache der Nazi-Greuel von Auschwitz denunzierte, schlug Fischer mit geschliffener Rhetorik zurück. Nach dem Tod des Türken Altun, der, um der Abschiebehaft zu entgehen, in den Tod gesprungen war, machte Fischer sich zum Anwalt des Asylrechts. Heinrich Böll nannte die beiden Debattenbeiträge "die besten Reden, die seit Jahren im Bundestag gehalten wurden".

"Als Symbol", so Fischers Marburger Realo-Gefährte Hubert Kleinert, "war er für uns in Bonn ungeheuer wichtig: Einerseits vertrat er, unrasiert und in Jeans, die Lebenshaltung einer großen Gruppe, die bislang in Bonn politisch nicht vertreten war. Andererseits hat er mit seinen Reden das Parlament wiederbelebt, wurde er zur Symbolfigur für linksliberale Intellektuelle."

Schneller als andere Grüne hat sich Fischer in Bonn den Gepflogenheiten der Politiker angepaßt, entwickelte er sich zum Lieblingskind der Medien. Aber er hat ebenso hartnäckig an dem Image gearbeitet, kein Angepaßter zu sein. Die Unions-Abgeordneten bestätigten es ihm

mit Zwischenrufen wie "Nadelstreifenrocker", "Lümmel" und "widerlicher Schreihals".

Bisweilen sah man Fischer, Vater von zwei Kindern, mit der Nuckelflasche durch das Regierungsviertel und die Lobby des Bundestages laufen. Das waren die Tage, an denen er auf Tochter Lara, 2, und Sohn David, 7, aufpassen mußte, weil Inge, die Mutter seiner Kinder, in Ferien gefahren war.

"Wenn sich der Präsident darüber beschwert", verkündete er, "werde ich ihm sagen: Bezahlen Sie mir ein Kindermädchen, dann muß ich sie nicht mit mir rumschleppen." Joschka mit dem Schnuller - der Politprofi wußte, daß auch dies in der von einem Feminat geführten Fraktion seinem Image dient.

Von Edeltraud, der Gattin von Gretna Green, war der "Softi" (Fischer über Fischer) nach 17 Jahren Ehe geschieden worden. Auch die zweite Frau Inge lebt inzwischen von ihm getrennt - wegen Claudia, 21, einer blonden, langmähnigen Szenegefährtin, die ihn nach Hessen begleiten wird.

Nichts hat Fischer so zu schaffen gemacht wie die Entscheidung seiner Basis, daß er rotieren müsse. Da merkte er, wie stark er schon am Bonner Tropf hing, wie sehr er auf die Politik angewiesen war. Nach der Rotation fühlte er sich "erst mal in einem tiefen Loch". Alle, die mit ihm wegrotierten, empfanden wie er: "Wir liefen da plötzlich rum wie bestellt und nicht abgeholt."

Auch deshalb ist Fischer froh, von Bonn nach Wiesbaden wechseln zu können. Diesen "50er-Jahre-Stil" der Bundeshauptstadt, "diese Nick-Knatterton-Atmosphäre", kam ihm "irgendwie unwirklich" vor. In Wiesbaden, hofft der designierte Minister, "ist die politische Macht näher am Menschen", und außerdem reizen ihn Jobs, "wo man was Neues unter die Pfoten bekommt".

Als er zum ersten Mal mit den grünen Minister-Plänen konfrontiert wurde, reagierte der Ex-Straßenkämpfer sauer: "Ihr habt se nicht alle." Er habe sich, sagt er, jedenfalls "nicht nach dem Posten gedrängt" - auch hier ganz Realpolitiker.

Sein Freund und Mitstreiter Cohn-Bendit sieht die Sache wohl aufrichtiger: "Früher wollte er wissen, was packt er alles auf der Straße, heute will er wissen, ob er die politisch-intellektuelle Herausforderung packt." Das Ministeramt sei für ihn "eine neue Form von Abenteuer".

Das fängt schon bei den äußeren Insignien der Macht an. Der Sponti steigt von seinem alten Diesel auf eine Staatskarosse um. Besonders reizt ihn am Dienstwagen ("Ohne den bist du in Hessen aufgeschmissen"), Mercedes 280 oder Opel Senator, das Autotelephon: "Das braucht man. Man muß doch für die Basis immer erreichbar sein."

Modisch wird er der Basis womöglich entrücken, von einer China-Reise hat er sich Seidenkrawatten als Souvenirs mitgebracht. Wenn ihn das Protokoll zum Binder zwingt, will er sich aus diesem Fundus bedienen: "Dann schlage ich zurück - mit echt chinesischer Seide, aber unglaublich geschmacklos."

Keinen Kompromiß will der alternative Aufsteiger bei der Wahl seines Dienstsitzes eingehen. Das Ansinnen, in einen Jugendstil-Altbau zu ziehen und seine 200 Beamten über die ganze Stadt verstreut unterzubringen, lehnt er ab: "Ich zieh" doch in keine Villa."

Schwieriger als die Suche nach dem Standort des Minister-Schreibtisches wird sich Fischers Vorhaben gestalten, von Wiesbaden aus Öko-Politik zu machen. Der Grüne steckt in einem Dilemma, über das sich der Bonner Umweltminister Friedrich Zimmermann (CSU) schon lustig macht: "Wenn der sich so verhält, wie seine Basis erwartet, wird er erhebliche rechtliche Probleme kriegen, auch mit dem Bund. Wenn er das nicht macht, kriegt er Schwierigkeiten mit der Basis."

Kanzleramtsminister Schäuble setzte noch eins drauf. "Der Joschka Fischer", spottete er, "kann jetzt in Hessen Kläranlagen bauen. Er muß nur jemanden finden, der ihm das Geld da-

für druckt."

Fischers Konter: "Bei meinen bekannt guten Beziehungen zur Unterwelt wird es doch wohl nicht so schwer sein, eine Druckerei zu finden."

Zwar hat sich der Grüne vorgenommen, "mit Fleiß" Akten zu studieren, weil er weiß, daß sein Ministeramt "eine schwierige Sache wird, wo man Einzelkämpfer-Qualitäten braucht und das Risiko zu scheitern groß ist".

Doch das älteste Umweltministerium der Republik hat seit 1970 fünf SPD-Minister verschlissen, darunter zwei, die wegen Schlampereien in der eigenen Verwaltung vorzeitig gehen mußten. Sechs Abteilungen sollen für den Schutz der Umwelt sorgen. Die wichtigsten Aufgaben übernehmen profilierte Grüne und bewährte Verwaltungsexperten:

- Karl Kerschgens, 46, Landtagsabgeordneter und ehemaliger Priester, der die Tolerierungsverhandlungen mit der SPD erst in Gang gebracht, dann abgebrochen und nun die Koalition mit herbeigeführt hat, wird Staatssekretär, weil er "die Zusammenhänge kennt" (Fischer),

- Klaus Thomsen, 47, Nicht-Grüner und Wunschkandidat Fischers, soll als Leiter der "Zentralabteilung" die politische Arbeit des Umweltministeriums koordinieren. Der Ministerialdirektor a.D., bis zur Bonner Wende kreativer Planungschef des FDP-Innenministers Gerhart Baum, war von CSU-Innenminister Zimmermann unverzüglich entlassen worden.

- Wolfgang Ehmke, 39, promovierter Agrarbiologe und Öko-Experte der grünen Bundestagsfraktion, der die "Grundsatzarbeit" übernimmt, bringt als Referatsleiter der Landesanstalt für Umweltschutz in Baden-Württemberg langjährige Verwaltungserfahrung mit und wird nach eigener Einschätzung mit dem Beamtenapparat "keine Schwierigkeiten bekommen".

Ehmke, der den Bundestag zur Auseinandersetzung um das Kohlekraftwerk Buschhaus zwang, soll die technischwissenschaftlichen Grundlagen für Fischers "neue Chemie-Politik" entwickeln, die dann von fünf Fachabteilungen umgesetzt werden soll. Jede einzelne verwaltet genügend politischen Sprengstoff für ein rasches Karriere-Ende.

Die Abteilung "Wasserwirtschaft" etwa muß sich "in den Clinch, den kalten Krieg" (Amtsvorgänger Willi Görlach), mit dem Chemie-Multi Hoechst AG begeben, dem größten privaten Arbeitgeber und Steuerzahler des Landes. Hoechst hat in den vergangenen Jahren in Hessen zwar über eine Milliarde Mark in neue Umwelttechniken investiert, gilt aber immer noch als größter Wasserverschmutzer am Untermain.

Zu den Gepflogenheiten der Chemie-Manager gehörte es bislang, wie Ex-Umweltminister Karl Schneider klagt, Auflagen "zu verzögern" und Vorgänge zwischen Firma und Landesverwaltung "zu verschleppen". Gegen Anordnungen des Regierungspräsidiums legte Hoechst, wie sich aus Akten ergibt, "Widerspruch mit neuen Wünschen" ein. Behördenanfragen beantwortete die "Hoechst AG mit dem Versuch, die Fragen zu entpräzisieren"; typisch auch die "Weigerung" des Unternehmens, Auflagen zu erfüllen oder Informationen herauszugeben.

Ähnlich brisant ist das Konfliktpotential in Fischers künftiger Abteilung "Luftreinhaltung und Immissionsschutz" - mit dem Unterschied allerdings, daß die Grenzwerte der Luftbelastung stärker als beim Wasser vom Bundesgesetzgeber vorgezeichnet sind. Da freut sich Fischer schon auf sein Rederecht im Bundestag: "Mal sehen, wie der Zimmermann von der anderen Seite aussieht."

Die Abteilung "Energie" wurde gestutzt. Aufsicht und Genehmigung für die Nuklearindustrie verbleiben beim SPD-Wirtschaftsminister, die Preisaufsicht über die Großkonzerne der Energieversorgung ebenfalls.

Der grüne Minister entscheidet lediglich über Energiesparprogramme, und in der Abteilung "Naturschutz" bekommt er allenfalls Ärger mit der eigenen Klientel, weil alles nicht schnell genug geht.

Dafür droht ihm mit der Abteilung "Abfallwirtschaft" ein Desaster. Denn außer der Untertagedeponie im osthessischen Herfa-Neurode, zugelassen für kleine Mengen extrem giftiger

Stoffe, verfügt Hessen derzeit über keine Sondermülldeponie, muß aber den Giftmüll der Hoechst AG - bis zu 70.000 Tonnen jährlich - loswerden.

Auf der Sondermüllkippe Schönberg in der DDR darf künftig kein Hessen-Dreck mehr landen, weil die grüne Mitgliederversammlung das so beschlossen hat. Und im hessischen Mainhausen, wo eine Sondermülldeponie im Bau ist, haben sich die örtlichen Grünen sogar mit der CDU zusammengetan, um die Giftkippe zu verhindern.

Zu den Hindernissen aus den eigenen Reihen kommen jene Tricks des SPD-Koalitionspartners, die dem Alternativen schon jetzt die Arbeit erschweren. Zwar hat Landwirtschaftsminister Willi Görlach die 70 Beamten der Wasser- und Naturschutzabteilungen an das Fischer-Ministerium abgeben müssen, nun aber blockt er ab: "Wir kämpfen jetzt um jeden Mann." Görlach will überdies das Showtalent Fischer erst gar nicht zur Entfaltung kommen lassen. "Ich habe den Ärger mit den Bauern, und Joschka macht die große Show mit dem Naturschutz. Dann gibt es Ärger."

Auch der bisherige Sozial- und Umweltminister Armin Clauss, der seine Umweltabteilung den Grünen überlassen muß, versteckt noch einige Stellen in seinem Ministerium und will höchstens noch "einen Drucker und einen Fahrer" zu Fischer schicken.

Mit dem Trio Thomsen, Kerschgens und Ehmke will Fischer "knallharte Umweltpolitik" durchsetzen. Doch jenen Joseph "Bartholomäus" Fischer, den sich Spötter in der "Süddeutschen Zeitung" schon ausmalten, wie er nächstens, "den Dolch im Kittelhemd und die Augen grün unterlaufen", Hessens Unternehmer über die Landesgrenze treibt, den wird es nicht geben.

Als "Anwalt der Umwelt", so Fischer staatsmännisch, werde er sich "nicht mit Anordnungen oder Weisungen durchsetzen, sondern überzeugen" und dabei "auch mit der Wirtschaft so viel wie möglich im Konsens erreichen".

Längst haben sich Fischer und seine Mitstreiter auf eine moderate Gangart im neuen Amt verständigt. "Wir werden nicht auf den Putz hauen", beschwichtigt Grünen-Sprecher Georg Dick. "Alles", sagt Fischer, "geht nach Recht und Gesetz" - was SPD-Wirtschaftsminister Ulrich Steger zu dem Vergleich veranlaßte, gegen Fischer erschienen "selbst Jusos revolutionär".

Doch ein Minister, der sich streng an die Umweltgesetze hält - genau das scheinen die hessischen Industriemanager zu fürchten.

Friedrich Karl Janert, Geschäftsführer des hessischen Chemie-Arbeitgeberverbandes: "Wenn Fischer das Umweltschutzrecht auf Punkt und Komma ausschlachtet, wird es eine Qual."<<

12.11.1985

BRD: Bundespräsident Richard von Weizsäcker erklärt am 12. November 1985 während seiner Rede zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr (x073/260): >>... Entspannung heißt gewiß nicht, die eigene Verteidigungsfähigkeit preiszugeben. Wer sich in ein Lamm verwandelt, ruft Wölfe auf den Plan. Der Rechtsstaat ist ein zivilisierter Staat, der kein Faustrecht zuläßt, sondern den Frieden des Bürgers im Innern schützt. Er würde seine eigenen Grundsätze verraten, wollte er nach außen dem Recht des Stärkeren weichen.

Wer einseitige Abrüstung verlangt verwechselt den Entscheidungsspielraum des einzelnen mit dem der gewählten politischen Führung. Der einzelne kann den Dienst mit der Waffe verweigern, wenn sein Gewissen es ihm vorschreibt. Wer aber für das Gemeinwesen im Ganzen politisch verantwortlich ist, darf den Bürgern den Schutz nicht verweigern. Er darf den Frieden nicht um jeden Preis suchen, sonst verwandelt sich Frieden in Unterwerfung. Er muß sich die Fähigkeit zur Verteidigung erhalten.<<

BRD: Aufgrund der von den Ausgleichsämtern erteilten Bescheide werden bis 1985 folgende Vermögensverluste der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen ermittelt, die man im Rahmen der völkerrechtswidrigen Verfolgungs- und Vertreibungsmaßnahmen in Ost-Mitteleuropa überall entschädigungslos enteignet hat (x088/21-22):

Die Vermögensverluste der vertriebenen Ost- und Volksdeutschen

Festgestellte Vermögensverluste der Vertriebenen	RM (Mio.)
1.711.000 land- und forstwirtschaftliche Vermögen	10.367
1.331.000 Grundvermögen	7.123
749.000 Betriebsvermögen	7.716
Festgestellte Verluste an Sachvermögen (zum Einheitswert)	25.206
4.191.000 Spareinlagen und andere geldwerte Ansprüche	14.064
87.000 Anteile an Kapitalgesellschaften oder von Geschäftsguthaben (zum Vermögensteuerwert)	1.397
4.380.000 Hausratverluste (zum gemeinen Wert)	13.140
Festgestellte Verluste an Geldvermögen und Hausrat	28.601

Diese festgestellten Vermögensverluste entsprachen natürlich nicht den tatsächlichen Schäden, denn die steuerlichen Werte lagen erheblich unter den eigentlichen Verkehrs- oder Marktwerten. Ferner erhielten etwa 4 Millionen Vertriebene, die in den Nachkriegsjahren in die DDR "umgesiedelt" wurden oder in Österreich blieben, keinen Lastenausgleich.

Die Vermögensverluste der Vertriebenen in der Land- und Forstwirtschaft entsprachen rund 40 % des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, die gesamten Vermögensverluste rund 25 % des gesamten Volksvermögens der Vorkriegszeit im Bundesgebiet (x088/22).

Nach internationalen Berechnungen, die im Jahre 1974 erstellt wurden, erlitten die Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas einen **Gesamtvermögensschaden von 654,9 Milliarden DM** (x063/618).

Aufgrund der bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geltenden Haager Landkriegsordnung hatte privates Eigentum während des Landkrieges unberührt zu bleiben. Das Verbot galt auch noch nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945, da mit der Einstellung der Feindseligkeiten nicht der Kriegszustand im rechtstechnischen Sinne beendet war (x151/24).

Das von den Ost- und Volksdeutschen zurückgelassene Eigentum befindet sich gemäß Völkerrecht weiterhin im Eigentum der zwangsweise Enteigneten, denn Staaten haften für das Handeln ihrer Organe und haben den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen. Das enteignete Eigentum ist grundsätzlich zurückzugeben. Falls dies nicht möglich ist, muß ein Ausgleich geleistet werden (x151/41).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Vermögensverluste der Vertriebenen in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (x268/213-214): >>>So unvorstellbar groß die Reparationen im Osten und Westen auch waren, sie sind doch nichts gegenüber dem gigantischen Raubzug, der mit Völkervertreibung und Völkermord in Ostdeutschland und Osteuropa einherging.

18 Millionen einheimische plus 2 Millionen während des Kriegs zugezogene Deutsche wurden gänzlich enteignet. Dieser Personenkreis entspricht der seinerzeitigen Bevölkerungszahl der Republiken Finnland, Irland und Island sowie der Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen zusammengenommen.

Was Generationen in 600 oder gar 800 Jahren fleißiger Arbeit den Urwäldern abgerungen und aufgebaut hatten, wurde mit einem Federstrich enteignet: Häuser und blühende Industrien, Schlösser und Kirchen, Felder und Wälder, Straßen und Bodenschätze, Valuten und Devisen,

gewerbliche Urheberrechte (wie zum Beispiel das Rezept des Karlsbader Becherbitters) etc. Dieser Billionenraub ist in der Geschichte Europas ohne Beispiel. ...

Wie zum Hohn für die überlebenden Ostdeutschen werden – von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet – immer wieder wertvolle Kulturgüter an die Vertreiberstaaten übergeben ...

Ermuntert durch solche Spendierlaunen verlangt Polen unter dem Stichwort "Lokalisierung" weitere Kulturgüter, die den ostdeutschen Vertreibungsgebieten entstanden sind, zum Beispiel Urkunden des Deutschen Rittordens. ...<<

Die schlesische Vertriebene Bärbel Koppetz berichtet im Jahre 1985 im ZDF-Film "Das deutsche Nachkriegswunder – Leid und Leistung der Vertriebenen" (x024/7-8): >>Als ich jung war, habe ich die ganzen Erlebnisse verdrängt. Erstens mal, weil ich jung war, und dann waren die Kinder. – Aber jetzt, seit ich älter geworden bin, denke ich doch oft darüber nach, vor allen Dingen auch, seit viel in den Medien zum vierzigsten Jahrestag berichtet wird und dabei stelle ich immer wieder fest, daß heute von "Aufrechnen" oder "Revanchismus" gesprochen wird, aber ich finde das völlig verkehrt.

Von Aufrechnung ist überhaupt nicht die Rede, denn es läßt sich nicht leugnen, daß Deutsche sehr viel Schuld auf sich geladen haben. Man muß aber auch von der Schuld an Deutschen reden. Das sind beides historische Tatsachen, und man kann nicht das eine erwähnen und das andere verschweigen.

Das bringt auf Dauer nichts.

Es ist ja auch in der Politik ähnlich. Man hat versucht, diese Realität der Vertreibung irgendwo zu verschweigen oder nicht darüber zu sprechen, weil es politisch opportun war, weil man sich mit dem Osten aussöhnen wollte. Mein Mann und ich, der ebenso Vertriebener ist wie ich, wir waren damals, als die Aussöhnung mit dem Osten begann, eigentlich auch der gleichen Meinung: Man muß da eine Aussöhnung herbeiführen.

Aber man kann nicht immer nur die Deutschen als Verbrecher hinstellen und von der Schuld der anderen nicht sprechen, denn es gibt in jedem Volk Gute und Böse, so war es schon, seit der Mensch besteht.

Und darum finde ich es ganz wichtig, daß man auch über die Wahrheit der Vertreibung an Deutschen spricht – auch wenn es vielen nicht paßt. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt im Jahre 1985 in seinem Buch "Kleine Geschichte der deutschen Nation" (x287/196-197): >>... Was heißt Deutschland heute?

Wenn man die deutsche Nation als Sprach- und Kultureinheit definiert, so gehört dazu im engeren Sinne die Bevölkerung der Bundesrepublik, Berlins und der Deutschen Demokratischen Republik; denn "die Elbe ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze" (Günter Gaus). Auch die Deutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, soweit sie noch in Ostdeutschland leben, gehören zur deutschen Sprachgemeinschaft.

Ohne zu Deutschland zu gehören, bezeichnen sich die Südtiroler als Deutsche, während die Bevölkerung Österreichs und der Deutschschweiz sich heute nicht mehr als deutsch bezeichnet, sondern sich als Volk eines jeweils eigenständigen Staates mit dem neuartigen Begriff als deutschsprachig bezeichnet. Doch droht sich die Deutschschweiz vom übrigen deutschen Sprachraum dadurch abzukoppeln, daß sich die mundartliche Umgangssprache durchsetzt, so daß am Ende nur noch wie im Elsaß – das neben Liechtenstein und Luxemburg auch noch im weitesten Sinne zur deutschen Kulturnation zu rechnen wäre – die alemannische Mundart zur Verständigung im täglichen Umgang übrigbleibt.

Zu den weiteren vierzehn Millionen Auslandsdeutschen zählen die Deutschen im östlichen Mittel- und Osteuropa sowie die deutschstämmigen im nichteuropäischen Ausland. ...<<

USA: Ein US-Politiker berichtet im Jahre 1985 über die Arbeit der Vereinten Nationen (x067/165): >>... Teuer, nutzlos, schwatzhaft, antiwestlich, antisemitisch, unrealistisch, handlungsunfähig – jeder Vorwurf stimmt und wird mit jeder Vollversammlung berechtigter, die

nach großen Reden ergebnislos auseinandergeht. ...<<

1986

Die Dummheit ist etwas Unumstößliches. Nichts geht gegen sie an, ohne an ihr zu zerschellen. Sie ist von der Natur des Granits, hart und widerstandsfähig.

Gustave Flaubert (1821-1880, französischer Schriftsteller)

01.01.1986

Belgien: Nach dem Beitritt Spaniens und Portugals umfaßt die EG am 1. Januar 1986 zwölf Mitglieder.

Januar 1986

BRD: Die neue Zeitung "Akzent" berichtet im Januar 1986 über eine Gespräch mit dem BdV-Präsident Herbert Czaja (x024/316-318): >>... Frage: Kann man heute von "Vertriebenen" überhaupt noch sprechen? Empfinden sich die hier seit 40 Jahren lebenden Ostdeutschen noch als solche?

Czaja: Ja. Das umfassende Unrecht der Massenvertreibung und deren Folgen sind nicht aufgearbeitet, eine friedensvertragliche Regelung über die Gebiete und die personellen Rechte der vertriebenen Deutschen steht aus. Der geistige Vertreibungsdruck gegen die in der angestammten Heimat lebenden Deutschen dauert an. Ebenso der Strom der Aussiedler.

Frage: Sind die Vertriebenenverbände nicht "absterbende Organisationen", weil die hier geborenen und aufgewachsenen Kinder und Enkel der Heimatvertriebenen Bayern, das Rheinland und Hamburg, nicht aber Schlesien oder Ostpreußen als ihre Heimat empfinden und mit der Heimat ihrer Eltern und Großeltern "nichts mehr am Hut haben"?

Czaja: Immer mehr Nachkommen fragen auch nach dem Woher und Wohin der Eltern; auch westdeutsche junge Menschen beginnen sich für die Vertriebenen zu interessieren. Die nationale Frage ist wieder lebendig. ...

Frage: Immer wieder hört man: "Von denen will ja sowieso keiner zurück! Ist das so? Und ist es dann nicht sinnlos, am Recht auf die ostdeutsche Heimat festzuhalten?"

Czaja: In die Unterdrückung und Unfreiheit will niemand zurück. ... Die Bäume der Diktatur sind noch nie auf Dauer in den Himmel gewachsen.

Frage: 40 Jahre nach Kriegsende, 40 Jahre Vertreibung – ist es nicht Zeit, das "Geschehene geschehen sein zu lassen", von Heimat und Vertreibung nicht mehr zu reden und den "Verlust des Ostens endlich zu akzeptieren?"

Czaja: Gravierendes Unrecht erledigt sich nicht durch Zeitablauf. Im Gegenteil: Unerledigte geschichtliche Gegensätze schaffen neues Leid. Wir brauchen die enge Zusammenarbeit im Alltag mit den Nachbarn. Damit wird man einmal die Trennung und alte Untaten aufarbeiten müssen. ...

Frage: Ist der Verlust Ostdeutschlands nicht eine "gerechte Strafe für die nationalsozialistischen Verbrechen", die die Deutschen verdient und darum hinzunehmen haben?

Czaja: Nein, so einen Strafprozeß gibt es im Völkerrecht nicht. Die Deutschen und andere Völker tragen die Verantwortung für falsche Regierungsentscheidungen und deren Aufarbeitung. Dafür kann man aber nicht als "Strafe" ein Sonderopfer nur einem Teil des Volkes aufbürden.

Oft könnte man diejenigen, die so viel nach gerechter Aufarbeitung auf Kosten anderer rufen, bitten, selbst zu prüfen, ob sie nicht Anlaß haben, dafür einen größeren persönlichen Beitrag selbst zu leisten. Wenn die Deutschen acht Jahrhunderte der Mitgestaltung ihrer Heimatgemeinden ersatzlos preisgeben, schaden sie auch den Nachbarn; es wäre ein Versagen der Deutschen, nicht eine "Strafe". ...<<

17.02.1986

Luxemburg: Die Außenminister der zwölf Mitgliedstaaten verhandeln am 17.-18. und 28.

Februar 1986 in Luxemburg über eine Einheitliche Europäische Akte (Hauptziel: Schaffung eines europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992). Diese Einheitliche Akte tritt am 1.7.1987 in Kraft.

27.02.1986

UdSSR: In Moskau wird Erich Honecker am 27. Februar 1986 von dem neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow empfangen. Gorbatschow gilt damals als radikaler Reformpolitiker.

28.02.1986

Schweden: Der schwedische sozialdemokratische Ministerpräsident Olof Palme (1927-1986) wird am 28. Februar 1986 in Stockholm ermordet.

[Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet \(später im Oktober 2018\) im COMPACT-Spezial Nr. 19 \(x344/54-55\): >>Roter Schnee](#)

_ von Sven Reuth

Stockholm, 28. Februar 1986: Auf dem Heimweg von einem Kinobesuch wird der schwedische Ministerpräsident Olof Palme erschossen. Geht der bis heute ungeklärte Mord auf das Konto einer berüchtigten Geheimarmee?

In den Augen vieler Linker ist Schweden seit den 1970er Jahren ein Musterland der westlichen Welt: Mit dem sogenannten Nordischen Modell setzt man auf den Ausbau des Sozialstaates, die Gleichstellung der Geschlechter im Berufsleben und ein flächendeckendes Angebot an Kindertagesstätten. Personifiziert wird dieser Wandel durch den Sozialdemokraten Olof Palme, der als Freund der Dritten Welt und Abrüstungspolitiker gilt, und der im Jahr 1969 im Alter von nur 42 Jahren zum ersten Mal Ministerpräsident wird. Unter der gesellschaftlichen Oberfläche ist das Land freilich tief gespalten.

Vielen Bürgern erscheinen die Schattenseiten mit der Zeit immer offenkundiger: Die Staatsverschuldung steigt enorm an - und in den Großstädten entstehen wegen der laxen Zuwanderungspolitik die ersten geschlossenen Migrantenghettos.

Palme plante ein atomwaffenfreies Skandinavien.

Hinzu kommt, daß Palme kein Mediator ist, sondern jemand, der Meinungsgegner mit schneidender Arroganz heruntermacht. Die Zerwürfnisse, die er durch seine konfrontative Art verursacht, reichen bis in sein engstes Umfeld. Sein eigener Bruder Claes nimmt 1983 an Massenprotesten gegen die Regierung teil, und es scheint dem Ministerpräsidenten nichts auszumachen, daß die Menge dabei "Palme, Feigling!" skandiert, weil er nicht vor das Parlament treten und mit den Demonstranten reden will. Bald macht das Wort vom "palmehat", dem "Palmehaß", die Runde.

Trotz seiner menschlichen Schwächen ist der schwedische Premier einer der profiliertesten Friedenspolitiker seiner Zeit. Wie kaum ein anderer bemüht er sich, die starren Fronten des Kalten Krieges zu unterlaufen. Gemeinsam mit dem SPD-Außenpolitiker Egon Bahr verfolgt er den Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und will eine solche gemeinsam mit seinen skandinavischen Kollegen auch in den nördlichen Ländern schaffen. Einzelne Politiker des NATO-Blocks werfen Palme vor, zu passiv auf eine mutmaßliche Verletzung der schwedischen Seegrenzen durch sowjetische Atom-U-Boote zu reagieren - brandgefährliche Spekulationen für ein Land, das im Kalten Krieg darauf angewiesen ist, seinen Ruf als neutraler Makler zwischen den Blöcken nicht aufs Spiel zu setzen.

Geheimarmee am Nordkap

Viele der hochtrabenden Pläne des Politikers sterben mit seinem gewaltsamen Tod in jener eiskalten Februarnacht, als er mit seiner Frau Lisbet ohne Polizeischutz unterwegs ist und am Sveavägen, einer Hauptstraße im Stadtzentrum, auf seinen Mörder trifft, der nach der Tat unerkant entkommen kann. In den Wochen nach dem Verbrechen reiben sich viele Schweden verwundert die Augen über den geradezu slapstickartigen Dilettantismus, mit dem die Ermitt-

lungen geführt werden.

Befand man sich wirklich noch in einem der am besten verwalteten Länder der Welt oder in einer Bananenrepublik? Nicht einmal an Kontrollen abgehender Züge und Straßensperren zur Ergreifung des Täters hatte man gedacht. Noch merkwürdiger wird es, als herauskommt, daß der damalige Stockholmer Polizeichef und Leiter des Inlandsgeheimdienstes SÄPO, Hans Holmer, falsche Angaben über seinen Aufenthaltsort während des Mordes gemacht hat. In dem Hotel, in dem er gewesen sein will, hat ihn niemand gesehen - und auffällig ist auch, daß sich Holmer als Leiter der Mordkommission auf eine Spur in Richtung der kurdischen PKK versteift, die von Anfang an als nur wenig plausibel erscheint.

Ein NATO-Dokument legt die Verstrickung der CIA-Killertruppe Pegasus nahe.

Bis heute gibt es Stimmen, die sein Agieren nicht für Zufall, sondern für bewußte Sabotage der Ermittlungsarbeiten halten. Klar ist jedenfalls, daß damals Einheiten einer CIA- und NATO-geführten Stay-behind-Truppe auch in Schweden agieren, obwohl das Land dem Nordatlantikpakt nie angehörte. Der frühere CIA-Direktor William Colby berichtet in seinen Memoiren *Honorable Men - My Life in the CIA* sogar über den unter seiner Mitwirkung durchgeführten Aufbau einer Schattenarmee in dem skandinavischen Land. Diese sollte nicht nur als Guerilla-Armee im Wartestand auf einen Angriff der Staaten des Warschauer Blocks vorbereitet sein, sondern wurde vermutlich auch zur Ausübung von Attentaten eingesetzt.

Waffen für Teheran

Die beiden Geheimdienstkenner Patrik Baab und Robert E. Harkavy sehen in dieser Stay-behind-Organisation die Struktur, die hinter dem Palme-Mord steckt. In ihrem Buch *Im Spinnennetz der Geheimdienste* (2017) verweisen sie darauf, daß Palme vermutlich ein früherer Mitwisser der Iran-Contra-Affäre gewesen sei und deshalb - wie der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel - in Gefahr geriet. Tatsächlich ließ Palme großen schwedischen Rüstungskonzernen wie Bofors und Saab trotz seiner eigenen pazifistischen Positionen große Freiräume. Nach den Recherchen Baabs und Harkavys hat er die Lieferung von Embargogütern in den Iran zumindest zeitweise geduldet. Diese ging über Israel, und die diskrete Verbindung der beiden Todfeinde verlangte höchste Geheimhaltung.

Die merkwürdige Allianz, die auf den ersten Blick widersinnig erscheint, kam deshalb zustande, weil sowohl Teile der US-amerikanischen als auch der israelischen Geheimdienste damals im Irak von Saddam Hussein eine größere Bedrohung als in der islamischen Schiiten-Republik sahen. Natürlich wollten die Dienste mit ihren Waffenlieferungen aber auch die gegenseitige Zerfleischung der beiden nahöstlichen Regionalmächte fördern. Palme soll die schwedischen Lieferungen jedoch im Jahr 1985 beendet haben.

Berücksichtigt werden muß natürlich auch, daß das von dem schwedischen Ministerpräsidenten angestrebte atomwaffenfreie Skandinavien aus Sicht der NATO-Strategen eine Katastrophe gewesen wäre, da die USA dann ihr nukleares Arsenal aus Norwegen hätten abziehen müssen und die gesamte nördliche Verteidigungslinie des Nordatlantikpakts zusammengebrochen wäre. Hardliner innerhalb der Geheimdienste der NATO-Länder hätten ganz sicher mehr als nur ein Motiv für die Ermordung Palmes gehabt.

Baab und Harkavy belegen diese These sogar mit einem Dokument des Special Operations Planning Staff der NATO aus dem Jahr 1985, das eine Verantwortung der CIA-Killertruppe Pegasus für den Palme-Mord nahelegt. Die Authentizität solcher Quellen kann natürlich kaum überprüft werden. An die jahrzehntelang kolportierte These des verrückten Einzeltäters will in Schweden aber auch niemand mehr glauben, da zu viele Mosaiksteine auf einen Geheimdiensthintergrund verweisen.<<

15.03.1986

Schweiz: Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet am 15. März 1986 über die komplette Abriegelung der schweizerischen Grenzen im Winter 1942/43 (x136/255): >>In voller Kenntnis,

daß die Juden im Osten Gräßliches erwartete, schlug der Chef der Polizeiabteilung dem Bundesrat vor, die Schweiz den Flüchtlingen zu verschließen. Von der Verantwortung der Urheberschaft kann Rothmund (Abteilungsleiter der Fremdenpolizei) nicht entlastet werden. Die gleiche oder noch größere Verantwortung aber lud die Landesregierung auf sich, als sie diesem Vorschlag zustimmte und dabei ... erklärte, Juden seien nicht als politische Flüchtlinge anzusehen. ...<<

14.04.1986

Österreich: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (16/1986) berichtet am 14. April 1986 über das "befreite" Österreich: >>Wir Österreicher wählen, wen wir wollen

Der Mann, der am 4. Mai zum Präsidenten Österreichs gewählt werden möchte, hat sich und sein Land weltweit in Verruf gebracht. Kurt Waldheim, lange Generalsekretär der Uno, hat gerade jene Zeit aus seinem Lebenslauf verdrängt, in der er Hitlers Wehrmacht im Partisanenkrieg auf dem Balkan diente. Als Juden ihn deshalb angriffen, kam alter Antisemitismus hoch: Die Österreicher möchten sich ihre Lebenslüge nicht nehmen lassen.

Es ist ein sonderbares, ein unmögliches Land. Eigentlich ist es Deutschland, aber es heißt ganz anders. Eigentlich ist es berühmt wegen so hübscher Dinge wie Bergromantik und Sachertorten, tiefgrüner Seen und weißer Lipizzaner, Mozart und Mozartkugeln und einer prächtigen Schar von fast zwei Dutzend Kaisern.

Es ist ein Land verwirrender Gegensätze. Aus ihm kam der teuflische Adolf Hitler, um Deutschland zu zerstören und Europa zu verderben. Aus ihm kam aber auch der harmlose Kurt Waldheim, um die Welt als Generalsekretär der Uno durch Geschmeidigkeit am Laufen zu halten, gewiß kein Nazi und erst recht kein Kriegsverbrecher, Symbolfigur vielmehr jenes anpasserischen homo austriacus, des Schlawiners, der sich's richtet, wie immer die Umstände sind, Strandgut der historischen Kämpfe und seelischen Krämpfe um die deutsche Nation.

Zweimal in kaum 50 Jahren waren die Österreicher trotz ihrer deutschen Zungen aus Deutschland herauskatapultiert worden: 1866 durch die Preußen, 1918 durch die Westalliierten. Damals, als das Vielvölker-Unikum der k.u.k. Monarchie zusammenstürzte, durften alle größeren Bestandteile - Tschechen, Ungarn, Rumänen, Polen, Südslawen - ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben, nur die Deutsch-Österreicher nicht.

So hatten sie denn ein besonderes Nachholbedürfnis an deutschpatriotischer Nestwärme und warfen sich dem Hitlerismus in die Arme. Wie nachhaltig, das enthüllt völlig unerwartet die Kampagne um die Wahl des österreichischen Bundespräsidenten am 4. Mai 1986.

Gerade war ein wenig in Vergessenheit geraten, daß das kleine, gemütliche Alpen-Dorado Österreich eine Republik voll großer, häßlicher Skandale ist (SPIEGEL 35/1985), gerade hatten die italienischen Winzer mit ihrem Todeswein den österreichischen Glykoltropfen noch übertrumpft, da zwang Kurt Waldheim der zweiten österreichischen Republik unversehens die bislang quälendste, rufschädigende Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit auf.

Denn Kurt Waldheim hatte in seinen Biographien einiges verschwiegen - vor allem, daß er als Staboffizier der Wehrmacht im Krieg auf dem Partisanenkampplatz Balkan stationiert war.

Im letzten Monat prangerte daraufhin Israel Singer, Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses und österreichischer Abkunft, den Kandidaten Kurt Waldheim als Nazi und Kriegsverbrecher an und drohte Österreich für den Fall der Wahl mit Konsequenzen - eine grobschlächtere, ungeschickte Darstellung.

Doch in der Karwoche gab Michael Graff, Generalsekretär der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), deren Kandidat Kurt Waldheim ist, die Antwort. Er warnte vor "antisemitischen Emotionen, die wir alle nicht haben wollen - und löste sie damit erst richtig aus.

Wenig später bezeichnete Graff "die verblendeten Funktionäre des Jüdischen Weltkongresses und ihre gewissenlosen österreichischen Handlanger in der Umgebung des (sozialistischen) Kanzlers Sinowatz" als Urheber der "beispiellosen Verleumdungskampagne gegen Dr. Wald-

heim".

"Infame Niedertracht", "Menschenjagd", "Psychoterror", holzte der sonst farb- und glücklos agierende ÖVP-Parteichef Alois Mock hinterher. Auf Waldheims Wahlplakate wurde die Trotzparole "Jetzt erst recht" geklebt.

An Ostern, dem höchsten katholischen Feiertag, gingen vollständig neue Plakate in Druck. Auf grellgelbem Grund, der viele gleich an die Farbe der Judensterne erinnerte, verschärften die Waldheim-Anhänger ihren Appell an Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ihrer Landsleute nochmals: "Wir Österreicher wählen, wen wir wollen" - das zweite "wir" deutlich unterstrichen.

Die Österreicher begriffen: Nicht die Juden in New York sollten bei ihnen das Sagen haben.

Die bürgerliche Tageszeitung "Die Presse" schrieb, daß "schlummernde Primitivgefühle wiedererweckt worden seien - aber keineswegs durch die ÖVP.

Gemeint war vielmehr Israel Singer. Er hatte Waldheim im Fernsehen einen "Lügner", "Nazi" und "Unwürdigen" genannt. Wer auf diese "primitivste Weise die Österreicher provoziere, müsse Antisemitismus "zwangsläufig hervorrufen", stellte die "Presse" fest.

Das Parteiorgan der ÖVP, das "Neue Volksblatt", formulierte noch schärfer. Schlagzeile am 28. März: "Das Blut an den Fingern israelischer Politiker! - Offenbar kein Thema für den Jüdischen Weltkongreß".

Auf der Welle des Antisemitismus prophezeite das Massenblatt "Neue Kronen-Zeitung" einen "triumphalen Wahlsieg" Waldheims am 4. Mai.

Eine unter Verschuß gehaltene Meinungsumfrage signalisierte dem Kandidaten Waldheim mehr Zustimmung als je zuvor: 65 Prozent der Wähler hätte er hinter sich scharen können, wenn bereits vorletzte Woche gewählt worden wäre.

So überzogen die Urteile, so maßlos die Hysterie in und um Österreichs fatale Präsidentenwahl in diesen Wochen scheinen mögen, so schrill das Geschrei und erschreckend die Tiraden für und gegen den Kandidaten in einem Wahlkampf klingen, in dem es nicht einmal um die Macht im Staate, eher um eine Repräsentationsfigur geht, sehr überraschen kann das alles nicht.

Denn nicht allein der nie und nirgends dabeigewesene Kandidat wird nunmehr von seiner Vergangenheit bedrängt. Die so weit weggeschobene Vergangenheit hat jäh ganz Österreich eingeholt.

Anno 45 ersparten sich die Österreicher ihre Stunde Null, weil aus besonders eifrigen Mittätern durch die Gunst der Stunde plötzlich unschuldige Opfer geworden waren.

"Worum es wirklich geht, ist das Selbstverständnis dieses Landes, sein Verhältnis zur eigenen Vergangenheit, die Unfähigkeit, mit der lange und liebevoll gehätschelten Lebenslüge aufzuräumen. Österreich hatte zu den ersten Opfern Hitlerdeutschlands gezählt. Diese Lüge ist eine der tragenden Säulen der Nachkriegsgeschichte Österreichs, eine Tatsache, an der alle drei Parlamentsparteien in diesem Land Schuld tragen. Und das rächt sich jetzt ganz fürchterlich", schreibt Martin Pollack vom linken "Wiener Tagebuch".

In einer Gesellschaft, in der "das Aufdecken der Vergangenheit schon immer ein größeres Verbrechen war als die Untaten der Hitlerei selbst", so der Wiener Zeitgeschichtler John Bunzl, mag sich natürlich kaum jemand daran erinnern, daß die charmant-neutrale "Insel der Seligen" des jüdischen Weltmannes Bruno Kreisky der Nazibarbarei besonders viele Schergen für den Vollzug ihrer Verbrechen lieferte und auch noch die wichtigsten geistigen Grundlagen des Nationalsozialismus; ebensowenig daran, daß im walzer- und weinseligen Wien dazu noch ein eigenständiger Austrofaschismus ausgebrütet wurde.

In diesem Land hegt auch nach neuesten Untersuchungen noch weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung antisemitische Gefühle, zwischen Alpen und Donau blühen etwa ein halbes Hundert rechtsextremer Vereine und Bünde - und das sind keineswegs nur spinnerte Sektierer,

die in einer Masse aufrechter Demokraten verschwinden.

Es ist durchaus nicht immer nur ein stiller Faschismus. "Krieg fordert allezeit Opfer: Tote, Verwundete, Gefangene. Das hätte das Weltjudentum bedenken müssen, als es Deutschland den Krieg erklärte." Diese irre Deutung des Holocaust findet sich nicht auf einem heimlichen Flugblatt, sondern in der "Bundesturnzeitung", dem amtlichen Mitteilungsorgan des öffentlich subventionierten "Österreichischen Turnerbundes" (75.000 Mitglieder).

"Es sei aber auch daran erinnert, daß es Freiwillige aus fast allen Staaten Europas waren, ... die im Zweiten Weltkrieg die Kultur des Abendlandes gegen den Ansturm aus dem Osten verteidigt haben - so das Bild der SS in "Der Kamerad", dem Verbandsorgan des Österreichischen Kameradschaftsbundes (etwa 300.000 Mitglieder, davon 50.000 unter 30 Jahren).

Es war auch nicht etwa purer geographischer Zufall, daß gerade Österreich der Welt den Adolf Hitler bescherte. Das Wien des ausgehenden 19. Jahrhunderts lieferte dem Verderber des 20. die Grundlagen seiner krausen Ideen: den deutschtümmlerischen Chauvinismus, den krankhaften Arier- und Rassenwahn, den extremen Antisemitismus.

Der Sekretär des späteren christsozialen österreichischen Kanzlers Ignaz Seipel, August Maria Knoll, brachte dies 1937 auf die Formel: "Der Nationalsozialismus ist jene Bewegung, die das preußische Schwert der österreichischen Narretei zur Verfügung gestellt hat."

Hitler selbst schilderte es so: "Ich kam als 17jähriger Mensch nach Wien ... Ich ging von Wien weg als absoluter Antisemit."

Einschlägige Erkenntnisse vermittelten Hitler die Schriften des deutschnationalen Abgeordneten im Wiener Reichsrat Georg Ritter von Schönerer aus Wien, der so antiklerikal ("Los von Rom!") wie antisemitisch war und seine Gefolgschaft mit dem Reim einstimmte: "Was der Jude glaubt, ist einerlei, in der Rasse liegt die Schweinerei."

"Wer a Jud ist, bestimm i", dekretierte ein anderer Wiener Antisemit jener Jahre, der nach Hitlers Urteil "gewaltigste deutsche Bürgermeister aller Zeiten", Karl Lueger: "Die Juden sind der Lindwurm, der die Deutschen in Fesseln geschlagen hat. Dieser Lindwurm muß erlegt werden."

In der Hauptstadt der Vielvölker-Monarchie, in der um die Jahrhundertwende etwa 170.000 der 1,2 Millionen Juden des Habsburgerreiches lebten, hatten alle studentischen Burschenschaften einen Arierparagrafen. Der Antisemitismus galt in diesen Kreisen vor allem der akademischen und intellektuellen Konkurrenz, fanden sich doch unter den Wiener Juden Namen wie Sigmund Freud, Max Reinhardt, Arthur Schnitzler, Franz Werfel, Gustav Mahler, Stefan Zweig und Theodor Herzl.

Es wurde auch nicht anders, als die großflächige Donaumonarchie zur kleinen Alpenrepublik verkümmerte. Die nannte sich "Deutsch-Österreich" und betrachtete sich laut einstimmigem Beschluß der Nationalversammlung vom 12. November 1918 als "Bestandteil der Deutschen Republik". Die Siegermächte verboten jedoch den Anschluß. Ihre übelsten Traditionen retteten die Österreicher in den "Staat, den keiner wollte" (so der Autor Hellmut Andics) mit hinüber.

Der christlichsoziale Kanzler Seipel wollte die neue Republik "ganz gründlich von den Juden scheiden". Sein Parteifreund Leopold Kunschak wußte auch gleich wie. Er forderte 1919 "die sofortige Abschiebung aller seit August 1914 eingewanderten Juden", in jenen Fällen, in denen dies nicht möglich sei, ihre "allgemeine Internierung in Flüchtlingslagern" - der grausigen Wirklichkeit 20 Jahre voraus.

Daß derselbe Leopold Kunschak nach 1945 dann erster Parlamentspräsident der Zweiten Republik werden konnte, unterstreicht die Verdrängungskraft der Österreicher, der auch der Kandidat Kurt Waldheim erliegt, wenn er seine blaßbraunen Flecken mit dem eifrigen Bekenntnis wegzuwischen sucht, daß er und seine Familie ja überzeugte Anhänger des christlichsozialen Kanzlers Kurt Schuschnigg gewesen seien.

Schuschnigg stand jenem Ständestaat vor, der in den dreißiger Jahren den europäischen Faschismus um eine eigene österreichische Abart bereicherte. Tausende politische Gegner in Anhaltelager sperrte, einige sogar hängen ließ. Seine bewaffneten Heimwehr-Verbände liefen 1938 zum Teil geschlossen zu den Nazis über.

Als im März 1938 endlich der Anschluß kam, nach heutigem amtlichen Geschichtsverständnis die brutale Vergewaltigung Österreichs durch Hitler, wehrte sich niemand. Schuschnigg, von seinen Parteifreunden heute als Widerständler gegen Hitler gefeiert, kroch mit einer liebedienerschen Ergebenheitsadresse an den Führer zu Kreuz. Der Sozialist Karl Renner, Kanzler zu Beginn der Ersten wie der Zweiten Republik, forderte seine Genossen und Landsleute auf, bei einer Volksabstimmung mit "Ja" für den Anschluß zu stimmen, da der "ein geschichtlicher Fortschritt" sei. Seinen Segen dazu gab auch Wiens Kardinal Innitzer.

Die Nazis zählten dann auch 99,73 Prozent Ja-Stimmen. Mögen es in Wahrheit und von Herzen nur 60 Prozent gewesen sein, wie Renner nach dem Krieg meinte - jene halbe Million Ostmärker, die am 15. März auf dem Wiener Heldenplatz wie im Delirium dem Führer Adolf Hitler zujauchzten, sind immer noch die größte Menschenmenge, die je in Österreich an einem Ort zusammenkam - zu Füßen eines Reiterstandbilds des Erzherzogs Karl ("Dem beharrlichen Kämpfer für Deutschlands Ehre").

Die nur etwas über acht Prozent Ostmärker im Reich stellten von Anfang an einen weit überproportionalen Anteil am Personal von Hitlers Kriegs- und Vernichtungsmaschine. In einer Dokumentation, die Simon Wiesenthal, Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, 1966 dem damaligen Bundeskanzler Klaus zustellte, wird nachgewiesen daß "Österreich während der NS-Zeit am Tod von etwa drei Millionen Juden schuldig wurden".

Kurz nach dem Anschluß kam Adolf Eichmann, selbst Österreicher, aus München nach Wien und organisierte dort die "Zentralstelle für jüdische Auswanderung". Österreich wurde zum Exerzierfeld für die Judenverfolgung im Dritten Reich. Die jüdische Bevölkerung Wiens sank bis Ende 1939 von 220.000 auf weniger als 70.000. Juden wurden vom Nazimob gezwungen, mit Zahnbürsten die Straße zu schrubben. "Gegen die Kristallnacht von Wien war die in Berlin ein gemütliches Weihnachtsfest", urteilt Simon Wiesenthal. Das Kriegsende erlebten noch etwa 200 Wiener Juden.

Chef des berüchtigten Reichssicherheitshauptamtes wurde nach dem Tod Reinhard Heydrichs der Österreicher Ernst Kaltenbrunner. Überall, wo es um die infernalische Endlösung ging, wimmelte es von Ostmärkern:

- Franz Novak, Eichmanns Transportchef, organisierte die Verfrachtung von 1,7 Millionen Juden in Vernichtungslager.
- Der Österreicher Odilo Globocnik organisierte die Juden-Vernichtung im Gebiet von Lublin, die in Galizien ein Landsmann Gustav Wächter (der nach dem Krieg im Vatikan untertauchte und dort unter falschem Namen starb).
- SS- und Polizeiführer im besetzten Warschau wurde der Österreicher Dr. Sammern-Frankenegg.
- Die Gettos von Wilna und Riga "säuberten" die Ostmärker Franz Murer und Eduard Roschmann.
- Die Brüder Anton und Alois Brunner leisteten die Vernichtung der Juden in Österreich, Griechenland und der Slowakei.
- Hermann Krumej transportierte Ungarns Juden in die Gaskammern. Theodor Dannecker war für die Juden in Paris zuständig.
- In den Konzentrationslagern Theresienstadt, Treblinka, Plaszow kommandierten Ostmärker.
- Für die Juden-Verfolgung in Holland, der über 110.000 Menschen zum Opfer fielen, war der Grazer Erich Rajakowitsch zuständig.

In der Ostmark gab es verhältnismäßig mehr Mitglieder der NSDAP als im übrigen Reich -

etwa zehn Prozent der Bevölkerung (sieben Prozent im "Altreich"). Das traditionell deutsch-nationale Kärnten etwa galt mit über 46.000 Parteigenossen als "des Führers treuester Gau". Aber auch 40 Prozent der Wiener Philharmoniker glaubten nicht ohne Parteibuch geigen und flöten zu können.

1945 wollte es dann keiner gewesen sein. Gierig griffen die Österreicher nach dem ihnen von den Alliierten in der sogenannten Moskauer Erklärung von 1943 ausgestellten Persilschein, sie seien das erste Opfer der nationalsozialistischen Aggression gewesen. Nun waren "die Deutschen" allein für alles Böse verantwortlich. Den Österreichern gelang es 1955 buchstäblich in letzter Stunde, einen Mitverantwortungshinweis aus dem Staatsvertrag mit den Kriegsalliierten zu entfernen, der das befreite Österreich dann im Gegensatz zu Deutschland auch von seinen Besatzern befreite: felix Austria (glückliches Österreich).

Die totale Verdrängung geriet zur nationalen Tugend. "Die Österreicher haben sich verhalten wie ertappte kleine Kinder, die ihre Schuld sofort auf andere abwälzen", meint der Wiener Historiker Karl Stuhlpfarrer. "Eine Aufarbeitung der eigenen Schuld konnte daher nie stattfinden."

In den ersten Wochen seiner Provisorischen Regierung verkündete der von Stalin selbst gekürte Kanzler Renner noch, die Nationalsozialisten sollten "nach demselben Ausnahmerecht behandelt werden, das sie selbst den anderen aufgezwungen haben". Dies wurde, erkennbarer Unsinn, schnell vergessen: Über 600.000 Österreicher, zehn Prozent der Bevölkerung, hätten drakonisch bestraft werden müssen.

Schon im Spätherbst 1945 wollte die christlichsoziale ÖVP die Nazis, die zunächst das Wahlrecht verloren hatten, wählen lassen.

Kommunisten und auch die Sozialisten, die sich daraus damals noch zu recht wenig Zuwachs erwarten konnten, lehnten ab. Doch die ÖVP, deren Spitzenfunktionär Alfred Maleta forderte, "das Erforschen der Vergangenheit den Professoren zu überlassen", plakatierte ihr Verlangen, köderte so die Angehörigen und gewann die Wahl.

Das Wählerpotential von gut einer halben Million, mit Angehörigen mindestens doppelt so viele, wurde fortan wichtiger als die von Besatzern und Regierung verordnete Entnazifizierung, 1949 durften die Parteigenossen wieder wählen, gut neun Zehntel von ihnen hatten als Minderbelastete ohnedies schon die Generalabsolution bekommen. Vom Rest der gut 40.000 Belasteten wurde etwa die Hälfte vor Gericht gestellt. Heraus kamen in den folgenden Jahren über 13.000 Schuldsprüche.

Eine vollständige Säuberung etwa der Bürokratie von Nationalsozialisten wäre unmöglich gewesen, da bei konsequenter Durchsetzung "ein Viertel der Bevölkerung direkt oder indirekt betroffen" gewesen wäre, so der Historiker Oliver Rathkolb. Es hätte kaum noch Beamte, Lehrer, Richter und Professoren gegeben.

Am gleichen Dilemma scheiterte die ursprüngliche Absicht der Amerikaner, in Österreich mit allen faschistischen Relikten aufzuräumen, einschließlich des Austrofaschismus: Da hätten sie noch die halbe Regierung und einen gut Teil des Parlaments entfernen müssen.

Außerdem ließ der beginnende kalte Krieg das Interesse an der Entnazifizierung schwinden. Die Nazis konnten nützlich sein gegen die Kommunisten. "Die Entnazifizierung wurde zugunsten einer hastigen Reintegration sowohl der kleinen wie der großen Nazis als Mittel zur Stärkung des antisowjetischen Potentials des Westens fallengelassen", schreibt der US-Historiker Knight. Die Denazifizierung wandelte sich vielerorts zur Renazifizierung.

Bei den Sozialisten wurde der "Bund Sozialistischer Akademiker" (BSA) zu einem Hort der Gestrigen, und in Kärnten fand die Mehrheit der antiklerikalen Nazis Aufnahme bei den antiklerikalen Sozialisten. NS, früher für Nationalsozialisten, stand nun für Neusozialisten.

Um den Konservativen, die sogar mit ehemaligen Nazi-Größen um Stimmblocke schacherten, gleichwohl die große Masse der Nazis abspenstig zu machen, förderte der sozialistische In-

nenminister Oskar Helmer vor den Wahlen von 1949 gegen den Widerstand der Westalliierten, aber eigenartigerweise mit Hilfe der Sowjets, die Gründung einer neuen vierten Partei - des Verbandes der Unabhängigen (VdU).

Dieses Sammelbecken der Ehemaligen, stets geführt von mehr oder minder prominenten Nazis, erreichte gleich beim ersten Mal zwölf Prozent, bevor es an inneren Streitigkeiten ein- und in der Freiheitlichen Partei (FPÖ) aufging, die heute mit den Sozialisten in der Regierung sitzt.

Der langjährige FPÖ-Chef Friedrich Peter, vorletzte Woche als Abgeordneter in den Ruhestand getreten, bekannte sich stets zu seinem freiwilligen Eintritt in die SS. Er diente als Obersturmführer in einer Einheit, die an Massenexekutionen von Juden in der Sowjet-Union beteiligt war.

Der frühere Parteichef Alexander Götz, der es zum Bürgermeister von Österreichs zweitgrößter Stadt Graz brachte, denkt noch heute laut wie einst bei der Hitlerjugend.

Der Kärntner FPÖ-Spitzenfunktionär Otto Scrinzi, einstiger SA-Sturmführer, der laut eigenem Bekenntnis "immer rechts stand, auch in der NSDAP", kandidiert als unabhängiger "nationaler Kandidat" gegen Waldheim bei den Präsidentschaftswahlen - genug Unterschriften für die Kandidatur bekam er.

FPÖ-Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager verdiente sich den Beifall der Gestrigen durch die offizielle Begrüßung des 1985 aus italienischer Haft entlassenen Kriegsverbrechers Walter Reder.

Auch Österreichs Sozialisten, die in den letzten Wochen Waldheims unfreiwillige Vergangenheitsbewältigung durch gezielte Informationen in Gang zu setzen halfen, haben Spitzengenossen mit brauner Tradition.

Der Kärntner Landeshauptmann Leopold Wagner brüstet sich, ein "hochgradiger Hitlerjunge gewesen zu sein. BSA-Genossen, denen der eigene Kandidat und auch Waldheim zu links sind, unterschrieben für Rechtsaußen Scrinzi.

Und der Jude Bruno Kreisky, einsame Spitze unter den Nachkriegspolitikern Österreichs, entzückte Österreichs Antisemiten nicht nur, als er die Juden ein "mieses Volk" nannte. Er bestätigte alle Vergangenheitsverdränger, indem er die sozialistischen Minister seiner verschiedenen Regierungen mit einem halben Dutzend Ex-Nazis garnierte, dem SS-Mann Hans Öllinger etwa, den er zum Landwirtschaftsminister machte, oder dem SA- und NSDAP-Mitglied Otto Rösch, der an einer der Nazi-Eliteschulen (Napola) unterrichtet hatte und der Republik als Innen- und Verteidigungsminister dienen durfte.

"Kurtis Kameraden", wie das Szeneblatt "Wiener" solche Politiker mit NS-Vergangenheit nannte, sind gewiß keine Nazis mehr. Sie weichen nur, wie das ganze Land, der jüngeren Geschichte aus, leben mit der Lüge, nirgendwo dabeigewesen zu sein und nichts getan zu haben, dessen sie sich womöglich schämen müßten.

Insofern dienen sie natürlich jenen wahren Faschisten, Neonazis und Ewiggestrigen als Alibi, die sich in Österreich offener darstellen als in anderen Ländern. Deren Leitfigur Norbert Burger erreichte 1980 bei den Präsidentschaftswahlen fast 141.000 Stimmen - 3,2 Prozent aller gültigen Stimmen, in einzelnen Orten mehr als zehn Prozent.

In ihren Publikationen findet sich Nazi-Närrisches zu allem und jedem:

"Das Deutschtum in Österreich soll vernichtet werden, damit der Weg frei wird für den Vormarsch des Panslawismus ("Klartext", Zeitung der NDP).

Österreich ist ein Eldorado für Ausländer, die in Ihren Heimatländern überflüssig sind, weil sie entweder nichts können, oder weil bei ihnen sonst etwas nicht stimmt ("Das Neue Wort", Organ der "Volkssozialistischen Bewegung Österreichs").

Partisanen, außerhalb des Völkerrechts stehende Plünderer und Mörder, werden mit Dankadressen geehrt - hört niemand einen Aufschrei der Empörung? ("Der Junge Bund", Zeit-

schrift der Turnerjugend)."

In einem solchen Umfeld findet der Autor eines "Heimatbuches" über "Das tausendjährige Mauterndorf" noch 1967 nichts dabei, unter den zwölf Ehrenbürgern des Ortes den 11. so zu preisen: "Hermann Göring war viele Jahre ein aufrichtiger Freund Mauterndorfs. Er hat der Marktgemeinde beim Bau der Hochquellenwasserleitung durch die Beschaffung der notwendigen Rohre große Dienste erwiesen. Und als 1985 das niederösterreichische Deutsch-Wagram zur Stadt erhoben wurde, freute sich Festschriftautor Professor Otto Schilder: "1984 ist die Stadt Deutsch-Wagram judenfrei."

Wen wundert's, wenn Zeitungen und Magazine, die aus Anlaß des Falles Waldheim zur Vergangenheitsbewältigung aufrufen, nun massenweise Leserbriefe bekommen, in denen sie als "Judenschweine" tituiert werden. "Gebt's endlich a Ruah", "Hert's mit dem oltn Bledsinn auf" ist der Tenor.

Helmut Qualtinger hat vor fast drei Jahrzehnten in einem Monolog seines "Herrn Karl" die Vergangenheitsbewältigung nach Wiener Art beschrieben:

"Da war a Jud im Gemeindebau, a gewisser Tennenbaum ... sonst a netter Mensch ... da ham's so Sachen gegen de Nazi g'schrieben g'habt auf de Trottoir ... und der Tennenbaum hat des aufwischen müaßn ... net er allan ... de andern Juden eh aa ... hab i ihm hing'führt, daß ers' aufwischt ...

Nachn Kriag is er z'ruckkumma, der Tennenbaum. Is eahm eh nix passiert, ... Hab i ihm auf der Straßen troffen. I gries eahm freundlich: "Habediehre, Herr Tennenbaum!" Der hat mi net ang'schaut. Hab i ma denkt ... na bitte, jetzt is er bees ... Dabei - irgendwer hätt's ja wegwischen müaßn ... "

Viel anders hört sich's beim Herrn Kurt letztlich auch nicht an, ein bißchen gebildeter halt.

Daß sein Ex-Freund Bruno Kreisky dem Kandidaten Waldheim nun vorwirft, er habe "sein ganzes Leben auf einer Lüge aufgebaut", ist ein bißchen unfair, denn der Kanzler Kreisky hat die Lebenslüge des ganzen Landes durchaus gefördert. "Wenn endlich Gras über eine Sache gewachsen ist, kommt so ein Kamel daher und frißt es wieder weg", pflegte er Debatten über Österreichs Vergangenheit zu kommentieren.

Waldheim hat gerade seine Lebenslüge, die ihn nun einholt, früher so hoch hinauf gebracht: Hätte er die für ihn heute "uninteressanten" Stationen seiner Wehrmacht Karriere nicht so konsequent aus allen Lebensläufen weggelassen, wäre er mit Sicherheit nie Generalsekretär der Uno geworden. Auch ohne bewiesene persönliche Schuld wäre ein NS-Student, SA-Reiter und Stabsoffizier im Partisanenkrieg niemals zum Kandidaten für das höchste Uno-Amt angestiegen.

Und wenn Kurt Waldheim als Argument für die offensichtliche Haltlosigkeit aller Vorwürfe gegen ihn immer wieder ins Feld führt, seine Vergangenheit sei vor seiner Uno-Wahl doch bestimmt von West und Ost-Geheimdiensten penibel untersucht worden, so kann dies freilich auch einen ganz anderen Sinn machen: "Vielleicht", vermutete vor zwei Wochen die "New York Times", "hielten die Supermächte ihr Wissen für nützlich, um Waldheim unter Kontrolle zu halten." Doch nur zwei Geheimdienste wußten mit Sicherheit Bescheid - Jugoslawiens UdBA und Moskaus KGB.

Im Westen wurde Waldheim nach Kriegsende keineswegs so genau überprüft, wie er glauben machen möchte. Gesichert ist nur, daß gegen Waldheim ein Entnazifizierungsverfahren eingeleitet wurde. Da er als Minderbelasteter galt, wurde es - wie bei Hunderttausenden anderen Österreichern auch - nach seiner Anstellung als Sekretär des Außenministers Karl Gruber nie abgeschlossen.

Die Amerikaner hatten gegen Waldheim keine Bedenken, da er schon damals seine in NS-Dokumenten festgehaltene Zugehörigkeit zur SA und dem Nationalsozialistischen Studentenbund auf eine Mitgliedschaft zum NS-Reiterkorps zu reduzieren verstand. Als er sich 1971

um den Generalsekretärsposten bei der Uno bemühte, teilten die US-Stellen offenbar eine Überlegung, die auch Nazi-Jäger Simon Wiesenthal anstellte: Die Sowjets würden wohl niemanden als Uno-Generalsekretär dulden, wenn auch nur die geringste NS-Belastung vorhanden wäre.

Doch seit dem 18. Dezember 1947 wurde Waldheim von der Jugoslawischen Kommission für Kriegsverbrechen als Nummer 724 auf einer Liste von 791 mutmaßlichen Kriegsverbrechern geführt. Waldheim wird in diesem Dokument - Akte F/25572 - mit Morden, Massakern, Geislerschießungen und dem Niederbrennen von Siedlungen in Verbindung gebracht.

So abwegig die Beschuldigungen auch klingen, so sehr die namentlich angeführten Belastungszeugen in der Kriegsgefangenschaft in Bedrängnis gewesen sein mögen: Als Druckmittel eigneten sich Akten dieser Art allemal - nicht nur für Belgrad.

"Selbstverständlich", erinnert sich Milovan Djilas, bis 1954 zweiter Mann nach Tito, "hatte die Sowjet-Union damals jede Möglichkeit, in Jugoslawien alle Akten einzusehen und zu kopieren." Auch nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin im Juni 1948 war es für den sowjetischen Geheimdienst "ein leichtes, alle gewünschten Unterlagen zu bekommen", so Djilas zum SPIEGEL.

Leichten Zugang hatte die sowjetische Besatzungsmacht auch in Wien zu den Entnazifizierungspapieren, zu den Akten im Justiz- und Außenministerium, wo - laut Waldheim fälschlicherweise - seine Mitgliedschaft in SA und NS-Studentenbund vermerkt sind.

Der namhafte Militärschriftsteller Janusz Piekalkiewicz ist "überzeugt, daß das KGB von den Kriegsverbrecher-Akten und Waldheims Nazi-Verbindungen nicht nur wissen konnte, sondern auch tatsächlich gewußt hat. Die Sowjets wußten schon etwas damit anzufangen, wenn sie die Schwächen eines so ehrgeizigen Menschen wie Waldheim kannten".

Der Sowjet-Union, die bei den Mehrheitsverhältnissen in der Uno nie eine Chance hatte einen eigenen Kandidaten durchzubringen, die aber dauernd schwere Konflikte mit ihr wenig freundlich gesinnten Uno-Chefs wie Dag Hammarskjöld hatte, konnte in einem Kandidaten wie dem geschmeidigen Wiener Waldheim mit lückenhaftem Lebenslauf nur einen Glücksfall sehen.

Waldheim verdankt es der Sowjet-Union, daß er 1971 ins höchste Amt der Uno gewählt wurde. Der sowjetische Delegierte legte bei den anderen Kandidaten, die in die engere Wahl kamen, sein Veto ein: Gegen den favorisierten und selbstbewußten finnischen Uno-Botschafter Max Jakobson hatte kein anderes Land etwas einzuwenden - ebensowenig wie gegen den argentinischen Uno-Mann Ortiz de Rozas.

Nur gegen Waldheim stimmten zunächst Großbritannien und China. Als die beiden Länder sich jedoch im dritten Wahlgang der Stimme enthielten, war der Weg für den Österreicher frei.

Waldheims Teilnahme als deutscher Offizier am Rußlandfeldzug war bekannt, seine Wahl - nur 26 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs - wurde als Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung gewertet.

Moskau, schrieb die "Süddeutsche Zeitung", habe in Waldheim "besonderes Vertrauen", weil er 1968 nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in Prag erklärt hatte, das Nachbarland Österreich fühle sich dadurch nicht bedroht. Was Waldheim damals als Außenminister wirklich anordnete, war bisher nicht bekannt.

Der britische "Guardian" argwöhnte: "Es besteht der Verdacht, daß die Sowjet-Union Waldheim zuließ, weil sie ihn für vorsichtig und fügsam hält."

Bei einem Besuch in Belgrad verlor Waldheim kein Wort über das Land, das er so gut kannte. Staatschef Tito überreichte Waldheim trotzdem einen der höchsten jugoslawischen Orden. Waldheim ist damit weltweit wohl der einzige, der sich sowohl mit einem kommunistischen wie auch mit einem faschistischen Orden aus Jugoslawien schmücken kann: 1942 hatte er wie

viele deutsche Soldaten vom Nazi-Marionettenstaat Kroatien den Kronorden des Königs Zvonimir erhalten - rein routinemäßig, wie er sagt. In New York umgab sich der Uno-General gern mit Landsleuten Titos. Völlig überraschend machte er den Jugoslawen Rudolph Stajduhar - in seiner Heimat ein unbekannter Provinzjournalist - zu seinem Pressesprecher. Stajduhar zählte während der Uno-Zeit Waldheims zu dessen engsten Vertrauten.

Auch die Sowjet-Union fühlte sich von Waldheim, der offiziell für die Besetzung der etwa 4.000 Uno-Jobs verantwortlich war, gut bedient. Während seiner Amtszeit erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten aus der Sowjet-Union im Generalsekretariat auf über 250.

Bei seinen Besuchen in der Sowjet-Union erhielt Waldheim von der Regierungszeitung "Iswestija" stets das gleiche Lob: "Er erhöhte die Effektivität der Uno." Im ebenfalls routinemäßig publizierten Lebenslauf wurde die Kriegszeit Waldheims, seine Teilnahme am Rußlandfeldzug, mit keinem Wort erwähnt.

Daß Waldheim gern und so oft Ostblockstaaten besuchte, erklärten wohlgesinnte Mitarbeiter in seinem Stab mit seiner Vorliebe für Repräsentation. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Ländern wurde er in den Oststaaten stets wie ein Staatsoberhaupt empfangen. "Mit leuchtenden Augen", erzählt ein früherer Vertrauter Waldheims, "hat er bei seiner Rückkehr vom Zeremoniell erzählt."

Als sich Waldheim 1981 auch noch um eine dritte Amtsperiode als Uno-Generalsekretär bewarb, sagte Moskaus damaliger Uno-Botschafter Oleg Trojanowski: "Waldheim paßt uns wie ein alter Schuh." Nur weil China unbedingt neue Stiefel wollte und sein Veto gegen Waldheim auch nach 16 Wahlgängen nicht zurückzog, ist der Österreicher, der in der Uno seine zehn Amtsjahre lang "Mister Pudding" hieß, heute nicht mehr Uno-Chef.

So sehr sich Moskau in New York für Waldheim einsetzte, so zurückhaltend verhält sich die Sowjet-Union, seit Details aus Waldheims Vergangenheit veröffentlicht wurden. Das Parteiorgan "Prawda" schweigt dazu - wie fast alle Zeitungen des Ostblocks. Sogar Österreichs kommunistische "Volksstimme", die auch in Moskau verkauft wird, hält sich vornehm zurück. Dabei tut sich das Blatt üblicherweise bei der Verfolgung von alten Nazis besonders hervor, selbst wenn es sich nur um Lokalpolitiker handelt.

Vergangene Woche äußerte sich der Chefredakteur der "Prawda", Wiktor Afanasjew, in einem Interview in der Wiener Tageszeitung "Die Presse": "Die Österreicher müssen selbst über ihren Präsidenten entscheiden. Wir werden den Gewählten respektieren."

Waldheim und seine Wahlhelfer erklären seit Wochen kategorisch, daß die "Verleumdungskampagne in sich zusammengebrochen ist", nachdem der Jüdische Weltkongreß eine angekündigte Pressekonferenz kurzfristig abgesagt hatte. Dabei war das auf ausdrücklichen Wunsch jüdischer Freunde in Wien geschehen, die ein weiteres Anheizen der antisemitischen Stimmung fürchten.

Als vergangene Woche ein Dokument auftauchte, das belegt, daß Waldheims Abteilung im Krieg von den Judendeportationen aus Griechenland gewußt haben muß, berichteten zwar fast alle großen internationalen Zeitungen ausführlich darüber, in Österreich ging aber nur das Nachrichtenmagazin "Profil" näher darauf ein. Dafür erhielt in den letzten Tagen jeder österreichische Haushalt die Broschüre: "So wollten sie Kurt Waldheim fertigmachen!" Darin heißt es: "Das ist die Wahrheit - der bekannte Militärhistoriker Professor Fleischer von der Universität Kreta sagt, Waldheim sei unschuldig."

Fleischer dazu: "Das ist eine Schweinerei. Waldheim war beim Ende der Besatzungszeit 1944 der bestinformierte Wehrmachtsoffizier in Griechenland. Der von Waldheim als Entlastungszeuge angeführte Fleischer ist davon überzeugt, daß Waldheim nach der Kapitulation der Italiener im September 1943 "auch an Verhören gefangener italienischer Offiziere teilgenommen hat".

Dabei geht es nach wie vor nicht etwa um den Vorwurf, daß Waldheim selbst Kriegsverbre-

chen begangen habe, sondern nur um seine Wahrnehmungsfähigkeit. Er will Partisanen nicht gesehen, von Judendeportationen nichts gehört, Kriegsgefangene nicht verhört haben.

Vorige Woche bekamen österreichische und israelische Beamte im Uno-Archiv Zugang zur Waldheim-Akte, eine von 40.000 Dossiers. Mehr als die jugoslawische Kriegsverbrecher-Akte war darin offenbar nicht enthalten.

Kurt Waldheim, zehn Jahre lang Uno-Generalsekretär: "Ich wußte nicht mal was von der Existenz der Akte."...<<